Freitag, 20. Januar 1928. Einzelnummer 25 Groschen mit illustrierter Beilage 40 Gr. 67. Jahrgang. Nr. 16.



Posener Tageblatt

(Posener Warte)
mit illustrierter Beilage: „Die Zeit im Bild“.

Erscheint an allen Werktagen.

Fernsprecher: 6105, 6275. Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.

Postscheckkonto für Polen Nr. 200 283 in Posen.

Postscheckkonto für Deutschland Nr. 6184 in Breslau.

Anzeigenpreis: Petitzeile (38 mm breit) 45 Gr. für die Millimeterzeile im Anzeigenteil 15 Groschen, Reklameteil 45 Groschen. Sonderplatz 50% mehr. Reklamepetitzeile (90 mm breit) 135 gr. Auslandinserate: 100 % Aufschlag.

Bezugspreis monatlich bei der Geschäftsstelle 5.— zl, bei den Ausgabestellen 5.25 zl, durch Zeitungsboten 5.50 zl, durch die Post 5.— zl ausschließlich Postgebühren, ins Ausland monatlich 4.— Goldmark einschließlich Postgebühr.

Bei höherer Gewalt. Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Das Ende der Opposition.

Von unserem russischen Mitarbeiter.

Kampf mit der Opposition? Von einem Kampf kann nicht mehr die Rede sein. Dieses Stadium des Parteistreites ist längst vorbei. Die Diskussion hat mit dem Ausschluß der Oppositionsführer aus der Partei ihr Ende gefunden. Hiermit war die „Mission“ des allmächtigen sowjetrussischen Herrschers Stalin zu Ende — und das Wort hat die Tscheka erhalten. Die alte Garde Lenins, die die große Revolution in den vordersten Reihen mitmachte, die erprobten Männer, die dem Sowjetstaate durch Leid und Pein zum Sieg verhalfen und deren Namen schon zu der Zeit Legenden umwoben, als Stalin eine noch völlig unbekannte Größe darstellte — sie werden nunmehr in die Verbannung geschickt.

Die Verbannung war in Rußland stets eine alte und gut bewährte Repressalie. Schon die alten Moskauer Zaren haben ihre Feinde in weitentlegene Klöster, in das tiefe Walddickicht des Nordens geschickt. Je größer das moskowitische Reich wurde, desto entfernter wurden die Verschickungsorte. Der berühmte Mitarbeiter Peters des Großen, Fürst Menschikow, der Mitbegründer des russischen Kaiserreiches, hat einen trostlosen Tod im nahen Sibirien, verhältnismäßig unweit der Uralgrenze, gefunden — dort, wo der letzte russische Zar ermordet wurde! Zu den Zeiten der großen Katharina war schon Mittelsibirien ein „beliebter“ Verbannungsort, und 30 Jahre später haben die „Dekabristen“, die ersten Revolutionäre, die nicht mit Worten, sondern auch mit Taten gegen das Zarentum kämpften, und die am 14. Dezember 1825 bei der Thronbesteigung des Zaren Nikolaus I., des Urgroßvaters Nikolaus II., eine offene Rebellion vor dem Winterpalais in Petersburg veranstalteten, dreißig Jahre in den gott- und menschenverlassenen Goldgruben des Lenaflusses schmachten müssen. Und noch später, zu den Zeiten Alexander III. und des letzten Zaren, wurde die greuliche Insel Sachalin oder die noch greulichere Halbinsel Kamtschatka in der nördlichen Ecke des Pazifik zum Verdammnisort der lebenden Leichname auserkoren. Die Bolschewisten haben ihre Herrschaft damit begonnen, daß sie die Verbannten aus Sibirien zurückholten, aber dieses Stadium war schnell zu Ende. Die neuen Herrscher haben sich ziemlich schnell umgesehen und gleich bemerkt, was für ein herrliches großes Land Sibirien und der Norden des europäischen Rußlands ist und was für einen Nutzen dieses herrliche Land den bolschewistischen Machthabern bringen kann, wenn sie einige Tausend ihnen besonders unangenehmer Menschen dort in aller Stille sterben lassen. Und Sibirien fängt wieder an, sich zu bevölkern. Die Sowjetherrscher haben auch hier einen großen „Fortschritt“ zu verzeichnen, indem sie den von den Zaren vernachlässigten Gebieten ihre besondere Aufmerksamkeit zuwandten und Pionierdienst im Sinne der Verbannungspflege dort leisteten. Trotzki u. Co. können zufrieden sein. Sie werden in den netten Erdwinkeln, die sie jetzt zu „besuchen“ haben werden, einen guten und wohlvorbereiteten Empfang vorfinden. Dann werden sie in aller Ruhe Vergleichspunkte zwischen dem jetzigen Zustand der Verbannungsorte und ihrem alten Zustand, den sie alle unter der Zarenherrschaft kennen zu lernen ausgiebig Gelegenheit hatten, feststellen können.

Das Umstellungsvermögen der Oppositionsführer wird durch die neue Wendung des Schicksals auf eine harte Probe gestellt. Christian Rakowski, der noch vor zwei Monaten die glanzvolle Rolle des russischen Botschafters in der Pariser Gesellschaft nicht ohne Würde und Erfolg spielte, wird bald in dem Dorfe des Wjatkaer Gouvernements manches entbehren müssen, an das er sich in Paris gewöhnt hatte. Die neue Residenz Rakowskis besitzt weder Post, noch Eisenbahn, noch elektrisches Licht, noch gepflasterte Wege, noch Menschen, die öfter als an den großen Feiertagen Seife gebrauchen. Die nächste Eisenbahnstation ist zu Pferde in 15 Tagen zu erreichen, und das auch nur bei gutem Wetter, d. h. nicht im Winter, wenn Schneetreiben die Wege bis zu zehn Metern hoch zudeckt, und nicht im Sommer, wenn die glühende Hitze alles Lebende in den Schatten der Wälder treibt, auch nicht im Frühjahr, wenn das Tauwetter die Wege zu Schluchten macht, und nicht im Herbst, wenn die Regengüsse die Straßen für Monate in unergründliche Moräste verwandeln. In einem solchen Nest wird Rakowski, ebenso wie seine Genossen, beim Glimmen des Holzspans, der einzigen Lichtquelle, die es dort gibt, sitzen, an die Vergangenheit denken und auf eine bessere Zukunft hoffen.

Sind diese Hoffnungen auf eine bessere Zukunft berechtigt? Werden sie eines Tages in Erfüllung gehen?

Diese Fragen kann man wohl bejahend beantworten. Die Oppositionsführer haben in früheren Zeiten schon Schlimmeres durchgemacht, ohne den Mut zu verlieren. Die Zeiten ändern sich; auch Stalin ist nur ein Mensch, ein sterblicher Mensch. Man kann nicht wissen. Es gibt Ueberraschungen, die niemand voraussehen kann. Und doch glaubt man kaum, daß es wirklich so weit gekommen ist, daß wirklich die großen Führer der größten aller Revolutionen in die entferntesten Gegenden des großen Landes Rußland verbannt werden, um dort ihre „Sünden“ zu büßen. Aber die Kette der Ereignisse ist noch nicht vollendet, und niemand kann die Art und Zahl ihrer weiteren Windungen voraussehen. Eins nur ist klar: Die Opposition ist nicht tot. Denn, wäre sie tot, so hätte keine Notwendigkeit bestanden, ihre Führer in ein so sicheres Gewahrsam zu bringen. Stalin hat nach wie vor Angst vor Trotzki. Anscheinend hat er seine Gründe dafür. Er muß es besser wissen.

Sejmabgeordneter Schulrat Daczko †.

Wie aus Bromberg gemeldet wird, ist der langjährige deutsche Abgeordnete für den Wahlkreis 30 (Graudenz, Schwetz, Tuchel, Zempelburg, Konitz), Schulrat a. D. **Karl Daczko** aus Neu-Tuchel, in den frühen Morgenstunden des 18. Januar in Konitz gestorben. Wenige Tage vorher war er erneut vom deutschen Hauptwahlausschuß für das ehemals preußische Teilgebiet als Spitzenkandidat seines Wahlkreises aufgestellt worden.

*

Schulrat Daczko tot! — Die Nachricht erschütterte uns alle aufs tiefste. Schüler und Kollegen liebten ihn um seiner hervorragenden **pädagogischen Fähigkeiten** und seiner **Herzensgüte** willen, wir alle aber lieben und verehren in ihm den **treuen, redlichen Mann**, der seit dem politischen Umschwung uns **Führer und Vorbild** war. Sieben lange schwere Jahre hat Schulrat **Daczko** als unser **Abgeordneter im Sejm** gewirkt. Er war der Unermüdlichsten einer, immer bereit, seine besonderen Gaben an große, grundlegende Aufgaben zu setzen, wie Kraft und Gesundheit in zermürbender Kleinarbeit mit unvergleichlicher Hingabe freudig dem Tage zu opfern. Still und ruhig ging er seines Weges. Er war kein Freund langer Reden und großer Worte; wenn er aber sprach, so hatte er sofort das Ohr sein Hörer, denn sein Wissen war weit und umfangreich, der Schatz seiner Erfahrungen unerschöpflich und seine Gedanken klug und überzeugend. Wie oft staunten wir über sein Gedächtnis, wenn er von Menschen und Geschehnissen anschaulich und eindringlich sprach, die, weit zurückliegend, uns kaum oder nur oberflächlich bekannt waren. Noch in der letzten Sitzung vor wenigen Tagen hatten wir Gelegenheit, seine Menschenkenntnis und sein unvergleichliches Wissen in der Geschichte des Landes zu bewundern. Schulrat Daczko hat wohl nie einen Gegner, geschweige denn einen Feind gehabt, — ein Schicksal, das sonst kaum einem bedeutenden Menschen zuteil wird. Aber er gewann jeden durch die Güte seines Herzens, durch die Lauterkeit seiner Gesinnung und durch eine ganz seltene Aufopferungsfähigkeit.

Schulrat Daczko tot! — Wir müssen uns erst an diesen Gedanken gewöhnen. Wir empfinden im Augenblick nur dumpf, daß wir Deutschen einen schweren, schweren Verlust erliten haben, und wissen, daß besonders das deutsche Schulwesen einen seiner besten Führer verlor.

Unser Schulrat Daczko ist nun befreit von Mühe und Arbeit und hat seine Hände zum letzten, ewigen Schlaf gefaltet; die Erinnerung an ihn lebt aber in uns fort, und sein Name wird in keiner Geschichte der deutschen Minderheit fehlen. Er wird uns und den Kommenden immer Muster und Vorbild eines aufrechten deutschen Mannes sein.

Ehre seinem Gedächtnis!

*

Ueber die letzten Stunden des Verstorbenen wird der „Dtsch. Rdsch.“ aus Konitz berichtet:

Schulrat a. D. **Karl Daczko**, der den pommerellischen Wahlkreis 30 seit dem Jahre 1920 vertreten hat, ist in der vergangenen Nacht im hiesigen Borromäus-Stift während einer Bruchoperation **sanft entschlafen**.

Am Dienstag abend hatte der Entschlafene in seiner Wohnung in Neu-Tuchel seiner Gewohnheit entsprechend noch schriftliche Arbeiten aus seiner Abgeordnetentätigkeit erledigt. Während der Arbeit wurde der im 68. Lebensjahr stehende Abgeordnete von großen Schmerzen befallen. Sein aus Tuchel herbeigerufener Hausarzt empfahl die sofortige Uebersiedlung in das nächstliegende Krankenhaus, in das Borromäus-Stift in Konitz, wo Herr Daczko um 11 Uhr abends eintraf. Die Untersuchung ergab die Notwendigkeit einer **sofortigen Operation**, die trotz des schweren Herzleidens des Kranken im gegebenen Augenblick unbedenklich erschien. Bei der Nähung der Wunde setzte jedoch der Pulsschlag mehr und mehr aus. Die angewendeten Belebungsmittel, wie Kampfer, Digitalis usw. vermochten eine Besserung nicht zu erzielen. In den ersten Morgenstunden des 18. Januar war Schulrat Daczko von uns genommen. Er wird am Freitag nach **Tuchel** übergeführt werden, wo die Leiche in der evangelischen Kirche aufgebahrt wird. Die **Beerdigung** findet voraussichtlich am Sonnabend nachmittag statt.

Schulrat a. D. **Karl Daczko**, von Geburt ein Masure, war am 18. April 1860 im ostpreußischen Kreise Angerburg geboren. Er besuchte das Gymnasium und Seminar und bestand seine Prüfungen als Mittelschul- und Lyzeallehrer. Während des Krieges war er als Schulinspektor in deutschen Okkupationsverwaltung in Warschau tätig. Am 2. Mai 1920 wurde er durch das Vertrauen seiner Wähler in den **verfassunggebenden Sejm** entsandt; im November 1922 in den **ersten gesetzgebenden Sejm**, der im November 1927 aufgelöst wurde.

In der Deutschen Fraktion war der Abg. Daczko in erster Linie als Sachverständiger für **Schulangelegenheiten** tätig. Er hatte damit eines der wichtigsten Referate zu bearbeiten und kam seiner Pflicht mit **rastlosem Arbeitswillen** nach, der bei allen seinen Wählern Liebe und Verehrung wecken, im engeren Kreis seiner Mitarbeiter aber darüber hinaus restlose Bewunderung erregen mußte. Seine vielen Schulinterpellationen sind durch die Presse bekannt geworden. Aber wer hat die ungezählten Gesuche vermerkt, die der verstorbene Abgeordnete täglich im Interesse von Volk und Staat an die Behörden richtete? Wer hat es zu seinen Lebzeiten laut verkündet, wie der greise Schulrat trotz seiner angegriffenen Gesundheit vom frühen Morgen bis zum späten Abend an seinem Schreibtisch arbeitete, an dem ihn jetzt der Tod an die Hand nahm? Wer sprach viel darüber, wie er in Warschau unermüdlicher wie jeder andere auf den Ministerien durch persönliche Rücksprache mit den zuständigen Referenten die Interessen seiner Wähler vertrat? Karl **Daczko** verstand keine Reklame mit seiner Person zu machen; er war ein schlichter und gerade darum doppelt wertvoller Mann, der nicht auf Festen glänzte sondern sich in **schwerer Tagesarbeit** bewährte.

Die **evangelische Kirche** verliert in ihm ein Mitglied der Landessynode und ihren Referenten in der Deutschen Vereinigung. Das bewußte Bekenntnis zu seinem evangelischen Glauben war für den verstorbenen Abgeordneten aber kein Grund, mit minderer Treue seinen andersgläubigen Volksgenossen zu helfen, besonders auch den katholischen Koschneidern, die zu seinen Wählern gehörten. Auch **über die Grenzen seines Volkstums hinaus** hat sich der verstorbene Abgeordnete viel Freunde und Verehrer erworben. Seine makellose, uneigennützige Persönlichkeit vermochte den heftigsten Gegner zu entwaffnen. So kam es, daß er eigentlich **keine Feinde** hatte und daß ihm solche Gestalten, die seine grundsätzliche Einstellung aufs schärfste bekämpfen und dabei auch vor persönlichen Verunglimpfungen nicht zurückschrecken, scheu aus dem Wege gingen.

An seinem offenen Grabe ist kein Haß, keine böse Nachrede zu finden, dort klingt vielmehr zusammen die tiefe Anhänglichkeit des Deutschtums in Polen, das diesen Mann wie einen Vater liebte. Daß wir einen Gegenstand für diese Liebe finden durften, eine Persönlichkeit, welche die mit Entsagung gepaarten Tugenden unseres Volkes so herrlich zu verkörpern wußte, dafür danken wir Gott, der uns dieses Gnadengeschenk mitten in unserem Schmerz noch einmal groß erscheinen läßt und uns die Erinnerung gegeben hat, mit der unsere Schwäche das festhalten und an dem sich aufrichten kann, das groß und leuchtend an ihr vorüberging.

Einigungsbestrebungen der Sudetendeutschen.

Prag, 18. Januar. In den Sitzungen des Klubs, Vorstandes und Reichsleitung der Deutschen Nationalpartei sollte die Entscheidung darüber fallen, ob die Einigungsbestrebungen in der sudetendeutschen Politik in der nächsten Zeit Aussicht auf Erfolg haben oder nicht.

Die das Ergebnis dieser Beratungen zusammenfassende Entschließung läßt keinen Zweifel darüber, daß, solange an der Beteiligung eines Teiles der Deutschen an der Regierung nichts geändert wird, eine Einigung nicht erfolgen kann.

Die Nationalpartei erklärt zwar neuerdings, „die Verständigung mit den anderen deutschen Parteien liege ihr am Herzen“, aber sie bekennt, „sie denke nicht daran, von ihrem programmatischen Grundsatze und von dem Hochziele der Selbstbestimmung auch nur im geringsten abzuirren“. Sie stellt sich damit auf das Programm, das die Trennung der deutschen Parteien herbeigeführt hat, und sucht gar nicht nach irgendwelchen ideellen oder rechtlichen Begründungen ihres politischen Zieles. Sie lehnt deutlich jede Unterstützung der deutschen Regierungsparteien ab, denen sie vorwirft, „daß sie zwar in der Regierung Sitz und Stimme, nicht aber Einfluß haben, so daß es ihnen nicht gelungen ist, weitere Schädigungen des sudetendeutschen Volkes zu verhindern“.

Diese Stellungnahme erfolgte einmütig und geschlossen; sie hat daher auch die Zustimmung des die grundsätzliche Verständigung vertretenden Abg. Dr. **Rosche** gefunden. Damit aber schwindet jede Aussicht für einen Erfolg der Verständigungsaktion, solange es Deutsche in der Regierung gibt. Die Entschließung ist viel schärfer als die letzte im August in Mährisch-Schönberg angenommene und enthält auch kein Wort von einer positiven Arbeit im Parlament. Die Betonung des Wahlspruches „Alles durch das Volk und für das Volk“ macht die Leistung für den Staat — wenigstens bei der gegenwärtigen Entwicklung — fast unmöglich. Die innerdeutsche Lage ist dadurch nur **noch verschärft**. Die Anbiederungsversuche der tschechischen sozialistischen Parteien an die Regierung haben, schon mit Rücksicht auf die Erinnerungsfeierlichkeiten an das Jahr 1918, wesentlich an Bedeutung gewonnen.

Wahlschikanen auch in Großpolen.

Im Wahlkreis 37, der die Kreise Ostrowo, Adelnau, Schildberg, Kempen, Pleschen, Jarotschin, Koschmin, Krotoschin und Gostyn umfaßt, ist ein großer Teil von deutschen Namen von den Wählerlisten gestrichen worden mit der Begründung, daß die betreffenden Wähler nicht die polnische Staatsangehörigkeit besäßen. Die Streichung ist erfolgt, obgleich alle polnische Staatsbürger sind und bei den Wahlen im Jahre 1922 ihr Wahlrecht ausgeübt haben. Die Absetzung der Namen durch den Wahlkommissar ist ohne Prüfung der einzelnen Fälle erfolgt. Energischer Einspruch seitens der deutschen Wähler ist erhoben worden.

1500 Einsprüche in Bielschowitz.

In der Gemeinde Bielschowitz haben 1500 Wahlberechtigte, darunter ehrbare, alteingesessene, zum großen Teil in Bielschowitz geborene Wähler die Zustellung erhalten, daß gegen ihr Wahlrecht Einspruch erhoben worden ist und sie den Staatsangehörigkeitsausweis beizubringen haben. Kommentar überflüssig.

Die Kampfmittel werden immer unsauberer.

Der „Dziennik Poznański“ fühlt sich in seinem Fuchsbau so wohl, daß er sich jetzt mausig zu machen beginnt. Zu diesem Zwecke unternimmt er Streifzüge ins Lager der umstürzlerischen Elemente, zu denen er auch die nationalen Minderheiten zählt. Zunächst erörtert er die kommunistische Frage und wiederholt dabei die schon früher gemachten Feststellungen, daß es leichter sei mit einem Feind zu kämpfen, der mit offenen Karten spiele, als mit einem Gegner, der sich im Verborgenen halte. Die kommunistische Propaganda sei dem Staate zu gefährlich, als daß sie irgendwie geduldet werden könnte. Der Erfolg der Aktion der Kommunisten werde in erster Linie davon abhängen, wie man die Zulassung von kommunistischen Listen erledigen werde. Diese Frage sei noch offen, müsse aber jeden Tag zur Entscheidung kommen. Es sei anzunehmen, daß die Entscheidung so ausfallen werde, wie bei den Selbstverwaltungswahlen in Warschau, d. h. daß die kommunistischen Listen keine Legalisierung erfahren. Die öffentliche Meinung Polens werde durchaus nicht entrüstet sein, wenn die polnische Regierung einen legalen Charakter der kommunistischen Listen nicht anerkennt.

Nach dieser Beleuchtung der kommunistischen Frage kommen Ausfälle des Posener Organs der Christlich-Nationalen gegen die nationalen Minderheiten. Zwar sei die Spannkraft der umstürzlerischen und antistaatlichen Tendenzen schon bedeutend schwächer, trete aber doch noch deutlich genug hervor, als daß man nicht ohne Befürchtungen daran denken könne. (Wir fürchten für die geistige Spannkraft des Blattes. Die Red.) Die loyaleren Elemente seien vom Blocke der nationalen Minderheiten abgefallen (?), was vom staatlichen Gesichtspunkt als günstige Erscheinung gewertet werden müsse. Es sei trotz der Schwächung des Blocks (?) ein recht stattlicher Zustrom von Nationalisten aus der Mitte der nationalen Minderheiten zum Sejm und Senat zu befürchten. Wenn dieser Zustrom allzugroßen Umfang annehmen sollte, dann wäre die staatsschöpferische Arbeit in den künftigen gesetzgebenden Körperschaften ebenso erschwert, wie bei einer eventuellen Anwesenheit der Kommunisten.

Die staatsfördernde Arbeit der Minderheitenvertreter ist zu gut bekannt, als daß sie solchen Anrempelungen gegenüber noch besonders verteidigt werden müßte. Die Arbeitsunfähigkeit des letzten Sejm hatte Gründe, die bei anderen Parteien zu suchen sind als bei den Minderheiten.

Chamberlain reist nicht nach Warschau.

Aus Warschau wurde vor einigen Tagen gemeldet, der englische Außenminister Chamberlain würde im Laufe des Mai nach Warschau reisen, um dort aus eigener Anschauung die Probleme des Ostens kennen zu lernen.

Hierzu wird heute aus London von zuständiger Stelle gemeldet, daß diese Nachricht jeder Begründung entbehre. Es läge kein neues Moment in den englisch-polnischen Beziehungen vor.

Woldemaras reist am 25. Januar nach Berlin.

Der litauische Ministerpräsident Woldemaras hat die Absicht, am 25. Januar zu einem mehrtägigen Besuch in Berlin einzutreffen. Der Gegenstand seiner Besprechungen mit Reichsaußenminister Dr. Stresemann wird in erster Linie der deutsch-litauische Handelsvertrag sein. Außerdem werden sich die Besprechungen um eine Reihe weiterer Vertragspläne drehen, zu denen die Vorverhandlungen bereits ziemlich weit fortgeschritten sind. Es handelt sich um solche Verträge, die das Verhältnis zwischen Litauen und dem Memelgebiet betreffen, so ein Fischereivertrag, ein Vertrag über den Grenzverkehr, über die Pensionen usw.

Wahlschikanen großen Stils.

Einspruch gegen die Eintragung von mehr als 10 000 deutschen Wählern.

Wie der „Oberschles. Kurier“ meldet, ist gegen die Eintragung von mindestens 10 000 deutschen Wahlberechtigten in Oberschlesien am vergangenen Freitag und Sonnabend Einspruch mit der Begründung erhoben worden, daß sie nicht polnische Staatsbürger seien. Es war ganz unmöglich, innerhalb der dreitägigen Frist den geforderten Staatsangehörigkeitsausweis zu beschaffen, weil die Starosteien einfach nicht in der Lage waren, in dieser kurzen Zeit Tausende von Staatsangehörigkeitsausweisen auszustellen. Diese technische Unmöglichkeit der Besorgung der Ausweise hat den Starosten von Kattowitz auf Vorstellungen, die ein deutscher Abgeordneter bei ihm erhoben hat, veranlaßt, folgendes Verfahren für die Beibringung der Staatsangehörigkeitsausweise einzuschlagen:

Die Starostei wird auf einer Liste mit beliebig vielen Namen, für die die Meldeämter die Tatsache der Meldung der einzelnen Personen gemeinsam bestätigt haben, ebenfalls gemeinsam bestätigen, daß diese Personen polnische Staatsbürger sind. Beide Bestätigungen werden kostenlos erteilt. Es ist anzunehmen, daß die anderen Starosteien der Wojewodschaft diesem Beispiel folgen werden.

Zu dieser neuesten Art von Wahlsabatoge berichtet der „Oberschlesische Kurier“ weiter:

Als die Wählerlisten für die bevorstehenden Neuwahlen zum Sejm aufgelegt wurden, stellte es sich alsbald heraus, daß eine ungewöhnlich große Anzahl von Wahlberechtigten darin nicht verzeichnet waren. Es ist zuzugeben, daß die Aufstellung der Wählerlisten keine leichte Arbeit ist, weil sie nach einer großen Anzahl einzelner Listen zusammengestellt werden müssen. Es ist deshalb verständlich, daß Auslassungen und fehlerhafte Eintragungen vorkommen. Kein Mensch hat auch daran gedacht, zu unterstellen, daß absichtlich Fehler gemacht worden sind. Auch dann wurde dieser Vorwurf noch nicht erhoben, als es sich zeigte, daß an vielen Orten gerade deutsche Wahlberechtigte es waren, deren Namen in den Wählerlisten fehlten. Wir haben uns damit begnügt, die Wahlberechtigten zu ermahnen, von dem Recht der Einsichtnahme in die Wählerlisten ausnahmslos Gebrauch zu machen und die nachträgliche Eintragung zu beantragen, wenn sie ihre Namen nicht fanden.

Wir denken auch heute noch nicht daran zu behaupten, daß absichtlich Fehler gemacht worden sind. Es kann sich höchstens um Nachlässigkeit oder Flüchtigkeit handeln. Damit können allerdings schwer die Fehler erklärt werden, die beispielsweise in Laurahütte-Siemianowitz festgestellt wurden, wo die Namen einiger Tausend deutscher Wahlberechtigter in den Listen fehlten. Ein anderes Gesicht gewinnt die Sache aber dann, wenn Mitglieder oder Vorsitzende der Wahlkommissionen, bei denen gegen fehlende oder falsche Eintragung ordnungsmäßig nach Art. 35 des Wahlgesetzes Einspruch erhoben wurde, solchen

Einsprüchen nicht ohne weiteres stattgaben

oder die Vornahme der beantragten Berichtigung auf andere Weise erschwerten. Aber wir unterstellen auch da, daß Vorsitzende und Mitglieder der Wahlkommission in dem Glauben gehandelt haben, daß sie berechtigt seien zu solchem Verhalten.

Schwerer ist dieses Zugeständnis dann zu machen, wenn Verkehrskarte, Paß oder Militärpapiere, die von Einspruch Erhebenden zum Beweis ihrer polnischen Staatsangehörigkeit vorgelegt wurden, nicht als gültige Ausweise anerkannt, sondern die

Vorlegung eines Staatsangehörigkeitsausweises

verlangt wurde. Die genannten Papiere geben über die Frage, ob jemand polnischer Staatsbürger ist oder nicht, einwandfrei Auskunft und werden überall als hinreichend anerkannt. Daß ein besonderer Staatsangehörigkeitsausweis verlangt wird, bedeutet zweifellos eine Erschwerung der Geltendmachung des Rechtes, das jeder Wahlberechtigte hat. Noch schwieriger für ihn wird aber die Sache, wenn er sich um den geforderten Staatsangehörigkeitsausweis bemüht. Da verlangen die Starosteien Gebühren, die zwischen 3 und 10 Złoty schwanken. Viele Leute, darunter besonders Arbeitslose, können selbstverständlich diesen Betrag nicht bezahlen. Sie ziehen also unverrichteter Dinge ab und haben damit

ihr Wahlrecht verloren.

Denn sie wissen nicht, daß die Starosteien verpflichtet sind, Staatsangehörigkeitsausweise, die zum Zweck der Parlamentswahlen gebraucht werden, gebührenfrei auszustellen. Das ist ausdrücklich vorgeschrieben in Art. 106 des Gesetzes über die Stempelgebühren. Abs. 1 dieses Artikels lautet wörtlich:

„Zeugnisse, die in den in Punkt 1 bis 24 des Artikels 142 genannten Angelegenheiten ausgestellt werden, sind gebührenfrei.“

Und Abs. 2 des Artikels 142 des genannten Gesetzes lautet wörtlich:

„Gebührenfrei sind Gesuche, wenn sie Wahlen für den Sejm oder Senat . . . . . . betreffen.“

Daraus ergibt sich einwandfrei, daß die Starosteien die Ausweise, die ein Wahlberechtigter zum Zweck des Nachweises seiner polnischen Staatsangehörigkeit braucht, kostenlos ausstellen müssen. Natürlich wissen das die Wahlberechtigten in den seltensten Fällen und sie müssen deshalb, wenn Gebühren verlangt werden und sie nicht bezahlen können, auf die Ausstellung verzichten. Aber die zuständigen Beamten der Starosteien müssen den Inhalt des Stempelsteuergesetzes kennen. Trotzdem ist es, auch nachdem in den Zeitungen auf die Bestimmung des Art. 160, Abs 1 des Stempelsteuergesetzes hingewiesen worden war, vorgekommen, daß Starosteien Gebühren verlangt haben.

Natürlich hat auch eine große Anzahl von Wahlberechtigten den Wahlkommissionen ihre Arbeit ungebührlich erschwert dadurch, daß sie erst in den letzten Tagen oder letzten Stunden des Aufliegens der Wählerlisten sich darum gekümmert haben, ob sie eingetragen sind, statt die ersten Tage der zwei Wochen langen Frist zu der Ausübung dieses Rechtes zu benutzen. Wer so nachlässig ist, darf sich nicht darüber wundern oder gar beschweren, wenn ihm die Erledigung seines Einspruchs nicht leicht gemacht wird. Er selbst hat auch nicht die im öffentlichen Leben und bei der Ausübung öffentlicher Rechte notwendig zu verlangende Rücksichtnahme geübt. Es ist an einzelnen Orten und bei einzelnen Bezirkswahlkommissionen vorgekommen, daß von Sonnabend nachmittag an ständig Hunderte von Personen die Räume belagert haben, in denen die Wählerlisten auslagen. Daß es bei einem solchen Massenandrang nicht glatt geht, ist verständlich, und wer auf diese Weise ein paar Stunden oder einen halben Tag opfern mußte, hat nicht das Recht, sich zu beklagen. Er hat 14 Tage Zeit gehabt, die Wählerlisten einzusehen.

Ebenso lange Zeit zur Erhebung von Einsprüchen haben aber auch die Leute gehabt, die Sonnabend und Sonntag unter Vorlegung ganzer Listen Einspruch erhoben haben gegen die Eintragung Hunderter, an vielen Orten Tausender deutscher Wahlberechtigter. In diesem Vorgehen und auch darin, daß es im letzten Augenblick geübt wird, liegt selbstverständlich System. Die Leute, die diese Masseneinsprüche erhoben haben und nach deren Vereins- oder Parteizugehörigkeit man wohl nicht zu forschen braucht, haben sich natürlich gedacht, daß in der kurzen Spanne Zeit, die noch zur Verfügung steht, es einem großen Teil der Beanstandeten nicht mehr gelingen werde, mit Erfolg den in Art. 37 des Wahlgesetzes vorgesehenen Widerspruch zu erheben. In der Massenbeanstandung liegt selbstverständlich die Absicht, eine möglichst große Anzahl deutscher Wahlberechtigter ihres

Wahlrechtes zu berauben.

Die Bezirkswahlkommissionen können dagegen nichts tun. Aber immerhin gibt Abs. 5 des Artikels 35 des Wahlgesetzes eine Handhabe zur Eindämmung solcher massenweise erhobener Einsprüche. Dort heißt es nämlich, daß der Einspruch durch Beweise gestützt werden muß. Und man muß fragen, ob die Wahlkommissionen, wenn jemand gegen die Eintragung von Hunderten von Wahlberechtigten Einspruch erhebt, sich immer die Beweise dafür haben vorlegen lassen, daß der Einspruch begründet ist, mit anderen Worten: daß die Beanstandeten tatsächlich die polnische Staatsangehörigkeit nicht haben. Es ist sehr zweifelhaft, daß diese Beweise verlangt worden sind; vorgelegt worden sind sie bestimmt nicht, denn es gibt sie nicht, weil alle Personen, gegen deren Eintragung Einspruch erhoben wurde, polnische Staatsbürger sind, was natürlich denen, die den Einspruch einlegten, sehr wohl bekannt war. Aber im übrigen sind die Wahlkommissionen verpflichtet, die Einsprüche entgegenzunehmen, und die Personen, gegen die sie sich richten, zu benachrichtigen. Diese haben dann drei Tage Zeit zur Erhebung des erforderlichen Widerspruchs, müssen sich dann aber wieder gefaßt machen darauf, daß von ihnen vorgelegte Papiere, wie Paß, Verkehrskarte, Militärpapiere nicht als ausreichend zum Nachweis der polnischen Staatsangehörigkeit angesehen werden und daß sie einen Staatsangehörigkeitsausweis beschaffen müssen. Dabei können sie dann wieder die Erfahrung machen, die oben geschildert wurde, und bis sie die zuständigen Stellen davon überzeugt haben, daß die Ausweise gebührenfrei ausgestellt werden müssen, kann die Widerspruchsfrist abgelaufen sein.

Man sieht, daß die deutschen Wähler schon jetzt, sieben Wochen vor der Wahl, manchen Fährlichkeiten ausgesetzt sind. Wir hoffen, daß sie überwunden werden und daß es namentlich den vielen Tausend deutschen Wahlberechtigten in der ganzen Wojewodschaft, gegen deren Eintragung systematisch Einspruch erhoben worden ist, gelingen wird, den Widerspruch erfolgreich durchzusetzen. Jedenfalls dürfen wir uns nicht einschüchtern lassen. Wir dürfen nicht verzagen, die Zuversicht nicht sinken lassen, sondern müssen, je schwerer der Weg wird, den wir zu gehen haben, desto entschlossener werden, alle Hindernisse zu überwinden,

unser Recht durchzusetzen

und am Wahltag durch Abgabe des deutschen Wahlzettels zu beweisen, daß wir auf unserem Recht bestehen, so gut wie unsere Mitbürger polnischer Zunge. Je schwerer die Arbeit uns gemacht wird, desto größer wird nachher die Freude über den Erfolg sein, an den wir zuversichtlich glauben und für dessen Erreichung wir uns alle, Mann für Mann, mit ganzer Kraft einsetzen werden.

Republik Polen.

Graf Tarnowski nach Warschau zurückgekehrt.

Warschau, 19. Januar. (R.) Der polnische Sonderkurier Graf Tarnowski ist heute morgen aus Kowno wieder in Warschau eingetroffen. Im Laufe des heutigen Tages wird Graf Tarnowski die litauische Antwortnote der polnischen Regierung überreichen.

Der morgige Ministerrat.

Nach einer Meldung des „Przegląd Wieczorny“ ist die auf Freitag anberaumte Sitzung des Ministerrates endgültig auf Sonnabend festgelegt worden. Auf der Tagesordnung befindet sich u. a. ein Verordnungsentwurf über eine Abänderung der Satzungen des Staatseisenbahnrates in dem Sinne, daß die Zahl seiner Mitglieder um 6 erhöht wird.

Tagung der Bezirkslandämter.

Warschau, 19. Januar. (Pat.) Während der Beratungen der Tagung der Präsidenten der Bezirkslandämter gaben die einzelnen Teilnehmer Aufschlüsse über die Durchführung der Arbeits- und Haushaltspläne, worauf der Minister Staniewicz gewisse Mängel in der Tätigkeit der Bezirkslandämter aufzeigte, um dabei zugleich den Opfermut und guten Willen der Präsidenten hervorzuheben, wodurch es zweifellos gelingen werde, in nächster Zeit alle bisherigen Mängel zu beseitigen. Der Chefdirektor der Staatsagrarbank hielt dann ein Referat über die Tätigkeit der Bank auf dem Gebiete der Zusammenarbeit mit den Bezirkslandämtern. Im Laufe der Aussprache tauchte der Gedanke auf, bei den Bezirkslandämtern Auskunftsstellen in Kreditangelegenheiten der Staatsagrarbank zu schaffen. Dr. Kasiński besprach den Gesamtplan der Arbeiten der Bezirkslandämter für das Jahr 1928, und Inspektor Radwan den Aufteilungsplan für das Jahr 1929 und die Namensliste der Aufteilungen für das Jahr 1928. Der Minister Staniewicz wies auf die Tatsache hin, daß durch die Schaffung entsprechender gesetzgebender und technischer Bedingungen für die Arbeitsorganisation das Agrarreformministerium bei einer 5prozentigen Verringerung seines Personals im Vergleich zum Jahre 1925 das Vier- und Fünffache der damaligen Arbeitsergebnisse erreicht habe.

Immer wieder Strafanträge gegen Redakteure.

Die Polnische Telegraphen-Agentur meldet aus Warschau: Das Regierungskommissariat für die Stadt Warschau hat den Antrag gestellt, den verantwortlichen Redakteur der „Gazeta Warszawska“ zur gerichtlichen Verantwortung zu ziehen, und zwar wegen der Nachricht, daß das Innenministerium die Vorführung des Films „Komendant Piłsudski“ verboten habe.

Drückende Lage polnischer Auswanderer.

Warschau, 19. Januar. (Pat.) Nach Berichten aus der polnischen Gesandtschaft in Buenos Aires sind ungefähr 2000 Auswanderer aus Polen ohne Arbeit. Diese Lage ist hauptsächlich infolge der bedeutenden Zunahme der Auswanderung nach Argentinien vom Oktober 1926 ab entstanden. Im Zusammenhang damit teilt das Auswanderungsamt mit, daß in den nächsten Tagen eine Verordnung des Arbeits- und Wohlfahrtsministers im Einvernehmen mit dem Außenminister herausgegeben wird, die die Auswanderung nach Argentinien bis zur Aenderung der Bedingungen auf dem argentinischen Arbeitsmarkte aufhält.

Abwendung eines Eisenbahnerstreiks?

Die „Agencja Wschodnia“ meldet aus Warschau, daß die Nachrichten von einem drohenden Streik in den Eisenbahnwerkstätten von Pruszków und Warschau verfrüht wären. Der Verkehrsminister Romocki hat einer Arbeiterdelegation die Zusicherung gegeben, daß er in der nächsten Sitzung des Ministerrates die Forderungen der Arbeiter vortragen werde.

Riesenprozeß gegen Kommunisten.

Białystok, 18. Januar. (AW.) Am 7. Februar beginnt im Białystoker Bezirksgericht der Prozeß gegen 133 Mitglieder der kommunistischen Partei von Westweißrußland aus den Kreisen Białystok, Sokół und Biały. Vertreter der Anklage ist Staatsanwalt Subilewicz. Die Anklageschrift umfaßt 419 Seiten. Von seiten der Anklagebehörde sind 200 Zeugen geladen worden. Der Verteidigung ist gestattet worden, Zeugen auf eigene Kosten vorzuladen. Ein Teil der Angeklagten (89 Personen) befindet sich in Untersuchungshaft. Man nimmt an, daß der Prozeß ungefähr 2 Monate dauern wird.

Aufruf des nationalen Staatsarbeitsblocks.

Der Aufruf des nationalen Staatsarbeitsblocks, der für die Regierung des Marschalls Piłsudski eintritt, ist für das Posener Gebiet vom linken Flügel der N. P. R. von der Arbeitspartei, dem Sanierungsverband, dem Wahlkomitee des Verbandes der Unterbeamten der Post- und Telegraphenverwaltung, dem Wahlkomitee des Verbandes der polnischen Volksschullehrer, den Berufsverbänden der Praca und dem Berufsverband der polnischen Landsiedler unterzeichnet worden.

Der Wunsch als Vater des Gedankens.

Nach einer Meldung der „Agencja Wschodnia“ aus Białystok soll das jüdische Blatt „Dos naje Lebn“ bei der Erörterung des Vorschlags von Vertretern des unparteiischen Blocks für Zusammenarbeit mit der Regierung über den eventuellen Anschluß der Juden von Białystok an diesen Block angeblich folgendes bemerken: „Wenn ein solcher Vorschlag nicht nur im Wahlbezirk von Białystok, sondern in ganz Polen gemacht würde, dann würden sich die Juden zweifellos in Massen dem Blocke anschließen (?) und es wären wahrscheinlich selbst die fanatischsten Anhänger des Blocks der nationalen Minderheiten gezwungen, ihre Stellung zu den Wahlen neuen Erwägungen unterziehen.“

Spaltung bei den Piasten in Großpolen.

Nach einer Meldung der „Agencja Wschodnia“ soll es in der großpolnischen Organisation der Piasten zu einer Spaltung gekommen sein. Die neue Organisation tritt unter dem Namen Zjednoczenie Włoscian auf.

Die Minister als Wahlkandidaten.

Warschau, 19. Januar. (A. W.) Nach den letzten Informationen kandidieren sämtliche Minister, ausgenommen der Premier sowie die Minister Zaleski und Moraczewski, zum Sejm. Der Vizepremier Bartel und die Minister Czechowicz, Miedzyński und Staniewicz sollen auf der Staatsliste kandidieren, Składkowski auf der Kalischer Bezirksliste, Kwiatkowski in Oberschlesien oder im Bezirk Puławy, Romocki im Bezirk Piotrków-Brzeziny, Niezabytowski wahrscheinlich in Großpolen. Es ist ferner das Gerücht verbreitet, daß der Minister Zaleski, von dem es hieß, daß er sich nicht um ein Mandat bemühen werde, von der Staatsliste an erster Stelle zum Senat kandidieren soll. Minister Meyſztowicz wird vermutlich in der Wilnaer Wojewodschaft eine Senatskandidatur aufstellen.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 19. Januar.

Sebastian, der Beschirmer der Kirche.

(Nachdruck untersagt.)

Sankt Sebastian, dessen Gedenktag in der Kirche auf Freitag, den 20. Januar, fällt, war ein Tribun in der Prätorianergarde des Kaisers Diokletian, eines großen Feindes der Christen im dritten Jahrhundert. Um mehr im stillen wirken zu können, gab sich Sebastian zunächst nicht als Christ zu erkennen. Erst als die zwei Söhne aus einer vornehmen römischen Senatorenfamilie, Marcus und Marcellinus, wegen ihres Uebertritts zum Christentum zum Tode verurteilt worden waren, trat auch der Tribun Sebastian als Christ hervor. Tranquillinius, der Vater der beiden Verurteilten, wollte eine Hinausschiebung der Unteilsvollstreckung von dreißig Tagen erreichen; in dieser Zeit sollte alles versucht werden, die beiden Söhne dem Christentum wieder abwendig zu machen und damit ihr Leben zu retten. Als Sebastian davon hörte, daß alle Anstrengungen gemacht wurden, Marcus und Marcellinus wieder vom christlichen Glauben loszulösen, ging er zu ihnen hin und verteidigte die christlichen Glaubenssätze mit solcher Kraft, daß nicht nur die beiden Verurteilten im Christentum verblieben, auch deren Verwandte, weiter der Stadtpräfekt von Rom und mehr als tausend andere Personen traten dazu über. Diokletian und der Mitregent Maximianus waren darüber so ergrimmt, daß sie Sebastian zum Tode verurteilten. Dieser wurde dem Korps der mauritanischen Bogenschützen übergeben, die ihn in ihrer Kaserne an einen Baum banden und mit Pfeilen durchbohrten. Sebastian starb jedoch an diesen Wunden noch nicht und wurde einige Zeit später mit Knütteln totgeschlagen. Sein Leichnam ist von einer frommen Christin heimlich in den Katakomben an der Appischen Straße beigesetzt worden, wo sich später die Basilika St. Sebastian erhob. Von einem früheren Papste war Sebastian der Titel eines Beschirmers der Kirche beigelegt worden. A. M.

Die Roggenrentenbriefe der Posener Landschaft.

Die Posener Landschaft (Poznańskie Ziemstwo Kredytowe) hat am 4. August 1927 beschlossen, die sechsprozentigen Roggenrentenbriefe nicht mehr auszugeben. Dieser Beschluß ist durch Verfügung des Ministerrats vom 21. Dezember 1927 bestätigt und dies nunmehr im Gesetzblatt zur öffentlichen Kenntnis gebracht worden (Dziennik Ustaw 1928, Nr. 4, Pos. 28). Die grundbuchliche Sicherung dieser Wertpapiere war im Jahre 1926 Gegenstand lebhafter juristischer Erörterungen in der Presse.

Hahn in Ruh!

Am Sonntag hat die Jagdzeit auf den Lepus timidus, zu deutschdeutsch Hasen, wieder einmal ihr Ende erreicht. Die letzten Tage wurden noch überall zu kleinen Suchjagden ausgenutzt, denn bei dem gelinden Wetter ging der Hase nicht aus dem Lager. Leider hörte man in Jägerkreisen in diesem Jahre allgemein über einen geringen Hasenbestand klagen. Infolge der vielen Niederschläge sind die meisten Junghasen zugrunde gegangen. Darum waren die Treibjagdergebnisse im Vergleich zu den Vorjahren fast überall sehr ungünstig. Nicht selten ist es vorgekommen, daß 10 Schützen und mehr nur einen Hasen gesehen haben, und dieser suchte noch mit gutem Erfolg das Weite. Viele Jagdpächter haben daher die Jagd in diesem Winter gänzlich ruhen lassen. Auch die Rebhühnerjagd hat fast ganz versagt. Die wenigen Ketten, die angetroffen wurden, fielen allgemein durch ihre Dünne auf, woran ebenfalls die nasse Frühjahrswitterung schuld war. Mit dem letzten Sonntage hat das „Knattern der Gewehre" überall aufgehört, und es heißt jetzt wieder: „Hahn in Ruh!" Darum Weidmannsheil bis zum nächsten fröhlichen Jagen!

× **Zulassung von Brieftelegrammen im Verkehr zwischen Polen und Danzig.** Vom 1. Februar 1928 an sind Brieftelegramme im Verkehr mit Polen unbeschränkt zugelassen. Sie können künftighin jederzeit bei allen Telegraphenanstalten während der Dienststunden aufgeliefert werden. Die Wortgebühr beträgt nach wie vor 50 v. H. der jeweiligen Gebühr für ein vollbezahltes Wort, mindestens ist die Gebühr von 20 Wörtern für ein Brieftelegramm zu erheben.

× **Personalnachricht.** Der Ministerialrat im Ministerium, Edward Winter, ist zum stellvertretenden Direktor der Rechnungsabteilung bei der Eisenbahndirektion Posen ernannt worden.

× **Diplomprüfungen.** Das Diplom der Landwirtschaft erhielt Obaraz aus Tarnowo, Wojewodschaft Krakau; das der Rechtswissenschaften mit dem Titel Magister Błęcki aus Pelplin, Brelinski aus Wongrowitz, Szuldrzyński aus Bolechowo, Kr. Posen, Punicki aus Żółkwia, Wojewodschaft Lemberg; das der wirtschaftspolitischen Wissenschaften mit dem Titel Magister Modrzejewski aus Sosnowiec, Wojewodschaft Kielce.

× **Der Kirchenchor der Christuskirche** wird seine nächste Uebungsstunde nicht morgen, Freitag, sondern erst am Montag, 23. d. Mts., abends 8 Uhr abhalten.

× **Der Radfahrerverein Poznań** bittet uns, auch an dieser Stelle nochmals auf sein Saal-Sportfest am kommenden Sonntag, nachmittags 5 Uhr, im Zoologischen Garten aufmerksam zu machen. Eintrittskarten bei den Firmen Otto Mix und „Titania", sowie am Saaleingang.

× **Vom Wetter.** Heut, Donnerstag, früh waren bei bedecktem Himmel drei Grad Kälte.

× **Erneutes Steigen des Warthehochwasserstandes.** Der Wasserstand der Warthe in Posen betrug heut, Donnerstag, früh + 1,87 Meter, gegen + 1,75 Meter gestern früh.

× **Nachtdienst der Aerzte.** In dringenden Fällen wird ärztliche Hilfe in der Nacht von der „Bereitschaft der Aerzte", ulica Pocztowa 30, Telephon 5555, erteilt.

× **Nachtdienst der Apotheken vom 13. bis 19. Januar:** Altstadt: St. Petri-Apotheke, Półwiejska 1 (Halbdorfstr.), Weiße Adler-Apotheke Stary Rynek 41 (Alter Markt), St. Martin-Apotheke, Fr. Ratajczaka 12 (Ritterstr.), Jersitz: Mickiewicza-Apotheke, ul. Mickiewicza 22 (Hohenzollernstr.), Lazarus: Saxonia-Apotheke, ul Głogowska 74/75 (Glogauerstraße), Wilda: Kronen-Apotheke, Górna-Wilda 61 (Kronprinzenstr.).

× **Posener Rundfunkprogramm** für Freitag, 20. Januar: 12.45—14: Leichte Musik. 13: In den Pausen: Getreidebörse. 14: Effektenbörse und Kommunikate. 17.05—17.30: Vortrag. 17.30 bis 17.45: Kundgebung der polnischen Jugend. 17.45—19: Nachmittagskonzert. 19—19.10: Beiprogramm. 19.10—19.30: Funkplauderei. 19.30—19.55: Vortrag. 20.15—22: Sinfoniekonzert. (Uebertragung aus Warschau.) 22—22.20: Zeitzeichen. Kommunikate.

Gottesdienstordnung für die kath. Deutschen.

Vom 22. bis 28. Januar.

Sonnabend, 5 Uhr: Beichtgelegenheit. — Sonntag, 7½ Uhr: Beichtgelegenheit 9 Uhr: Predigt und Amt. 3 Uhr: Rosenkranz, Predigt und hl. Segen. — Montag, 7 Uhr: Gesellenverein. — Donnerstag, 7½ Uhr: Kirchenchor.

Aus der Wojewodschaft Posen.

* **Birnbaum,** 18. Januar. Ein Kraftwagenunfall ereignete sich am Sonnabend abend in der Nähe des Bahnhofs Pruschin. Einem Militärlastauto aus Posen, das mit Möbeln nach hier unterwegs war, versagte durch Brechen einer Feder die Steuerung, und es fuhr gegen einen Baum des steilen Straßendammes. Die beiden auf dem Auto befindlichen Militärpersonen und zwei Zivilisten kamen mit leichteren Verletzungen davon, während die Möbel zum Teil beschädigt wurden.

* **Bromberg,** 18. Januar. Der Präses der Bromberger Postdirektion Josef Zakrzewski wurde an die Danziger polnische Postdirektion versetzt. An seiner Stelle übernimmt die hiesige Direktion der Abteilungsleiter des Ministeriums für Post und Telegraphie, Maciejewski. — Von einem Kraftwagen überfahren wurde gestern früh in der Elisabethstraße eine Martha Lisicka, wohnhaft Elisabethstraße 19. Sie trug erhebliche Verletzungen davon und wurde sofort in demselben Auto in das städtische Krankenhaus geschafft.

* **Bromberg,** 17. Januar. Unter der Stichmarke „Wieder ein Schülerselbstmord?" schreibt die „Deutsche Rundschau": Am 14. d. Mts. verließ der 19jährige Schüler der hiesigen polnischen Handelsschule Eugen Marcinkowski, wohnhaft in dem Hause Petersonstraße 6, seine Wohnung und ist bis zur Stunde noch nicht zurückgekehrt. Alle seine Sachen hat er in seinem Zimmer zurückgelassen und sie in einem Brief seinen Eltern, die in Trzebiszkowo, Kreis Lipno, wohnen, zur Verfügung gestellt. In dem Schreiben gibt der Verschwundene ferner an, daß er sich das Leben nehmen werde, da er das Examen nicht bestanden habe. Ob M. sein unseliges Vorhaben ausgeführt hat, ist noch nicht bekannt, da jede weitere Spur von ihm fehlt.

* **Debenke, Kr. Wirsitz,** 17. Januar. Ein frecher Diebstahl wurde gestern mittag in Hermannsdorf beim Eigentümer August Börger ausgeführt. Es wurden 500 Zloty aus der Wohnung gestohlen. Trotz der schnellen Bemühungen von Bürger und Polizei sind die Diebe entkommen.

* **Gnesen,** 18. Januar. Am Montag wurde die Gnesener Polizeibehörde telephonisch davon benachrichtigt, daß auf der Strecke Kalisch—Lodz die verstümmelte Leiche eines Mannes gefunden worden sei. Wie sich herausstellte, ist der Gnesener Bürger Heinrich Jagodziński, der hier früher ein Handelshaus hatte, das Opfer eines Raubmordes geworden. J. hatte sein Grundstück in Gnesen bereits verkauft und beabsichtigte, nach Gozdawa im Kreise Wreschen zu verziehen. Einem hiesigen Spediteur, bei dem er seine Möbel untergestellt hatte, teilte er vor einigen Tagen mit, daß er in kaufmännischen Angelegenheiten nach Lodz reisen werde. Auf der Reise, während der er wahrscheinlich im Zuge ermordet und beraubt wurde, führte er den ganzen Erlös aus dem Verkauf seines Grundstückes mit sich.

* **Samter,** 17. Januar. Sonnabend nachmittag wurden auf dem Bahnhofe Binino einer Frau beide Beine abgefahren. Die Frau hatte anscheinend versäumt auszusteigen und wollte den Zug noch verlassen, als sich dieser schon in Bewegung gesetzt hatte. Dabei geriet sie aber unter die Räder und verlor beide Beine.

* **Zirke,** 18. Januar. Der Polizist Wegner hatte erfahren, daß eine fragwürdige Persönlichkeit auf einem Rade in der Richtung nach den Wäldern gefahren sei, und machte sich sofort an die Verfolgung. Mit Hilfe zweier Arbeiter nahm er den Verfolgten, einen 21 Jahre alten Teofil Matyjasik aus Wronke, fest. Er ist verdächtig, an dem Ueberfall auf den Gutsbesitzer Rau in Turowo bei Pinne beteiligt zu sein. Er wurde in das Gefängnis in Samter eingeliefert.

Aus der Wojewodschaft Pommerellen.

* **Bruß,** 18. Januar. Unserer Polizei ist es gelungen, Banknotenfälscher, die sich mit der Verbreitung von Fünfzlotyscheinen befaßten, festzunehmen. Seit einiger Zeit kaufte in den hiesigen Geschäften eine gut gekleidete unbekannte weibliche Person Waren ein und bezahlte in jedem Geschäft mit Fünfzlotynoten. Hauptsächlich benutzte sie zu ihren Einkäufen die Abendstunden. Als sie kürzlich in dem Kolonialwarenladen von A. Kiedrowski in der Bahnhofstraße ⅛ Pfund Zucker kaufte und ebenfalls mit einem falschen Fünfzlotyschein bezahlte, bemerkte der Inhaber des Geschäftes, daß er eine falsche Banknote erhalten habe. Er beobachtete die Käuferin weiterhin und stellte fest, daß sie sich auf der Straße einem unbekannten Mann näherte. Danach ging sie wieder in ein anderes Kolonialwarengeschäft und kaufte dort ebenfalls etwas ein. Kurz danach stellte der K. fest, daß sie auch hier mit einem Falsifikat bezahlt habe und benachrichtigte die Polizei. Die Verhaftung der Fälscher erfolgte auf dem hiesigen Bahnhof in dem Augenblick, als sie in den Zug stiegen, um in Richtung Berent davonzufahren. In einem, wie sie glaubte, unbewachten Augenblick warf die Verhaftete ein kleines Paket fort, was von einem Kriminalbeamten bemerkt wurde. Das Paketchen enthielt 35 falsche Fünfzlotyscheine. Die Feststellung der Personalien ergab, daß die Unbekannte sowie ihr Begleiter aus Lodz stammen und sich gewerbsmäßig mit der Verbreitung falscher Fünfzlotynoten befaßt haben.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Warschau,** 15. Januar. In der Erziehungsanstalt in Studzienice wurde die Untersuchung gegen den Direktor der Anstalt Kwasniewski und drei Aufseher beendet, die angeklagt sind, die ihnen anvertrauten Kinder mittelalterlichen Torturen ausgesetzt zu haben. Nach der nahezu 1000 Seiten Maschinenschrift umfassenden Anklageakte beruhten die „Erziehungsmethoden" der Anstalt darin, daß man die Zöglinge unerhörten Qualen aussetzte, wobei man zu den raffiniertesten Hilfsmitteln seine Zuflucht nahm. Die Kinder wurden auf unmenschliche Weise gepeinigt, wobei sie infolge der erlittenen Mißhandlungen oft Knochenbrüche erlitten. Einige von ihnen sollen unter den Folgen der grausamen Behandlung gestorben sein.

* **Danzig,** 18. Januar. Die Veruntreuungen bei der Oberzollkasse sind noch nicht vollständig aufgeklärt. Der Leiter des Landeszollamtes, Staatsrat Neumann, widmet sich in Verbindung mit der Kriminalpolizei der Feststellung und Aufklärung des Tatbestandes. Die Veruntreuungen sind bei der Oberzollkasse, der die Verrechnung der roten Quittungen obliegt, entstanden. Die sogenannten roten Quittungen sind eine Einrichtung, die erst seit der Zollgemeinschaft mit Polen eingeführt ist und die der Erleichterung des Danziger Handels dienen. Der Abnehmer von Importwaren über Danzig nach Polen zahlt die fällig werdenden Zölle in Polen ein, und sie werden sodann auf die polnische Regierungshauptkasse in Danzig überwiesen. Ueber das hierbei entstehende Guthaben können Danziger Importeure alsdann durch „rote Zollquittungen" verfügen, die bei der Zollabfertigung ebenso behandelt werden wie eine Barzahlung und auch in den Zollkassen als bares Geld geführt werden. Vor beinahe einem Jahre war es aufgefallen, daß einige Beamte, die bei der Oberzollkasse mit der Bearbeitung dieser roten Quittungen zu tun hatten, anscheinend über ihre Verhältnisse lebten. Daraufhin hat die Oberzollkasse sofort eine dauernde schärfere Kontrolle dieser roten Quittungen vorgenommen. Für die vor dem Frühjahr des vergangenen Jahres liegende Zeit wurde eine Untersuchung eingeleitet, die zu einem höchst bedauerlichen Ergebnis geführt hat. Gestern ist ein Oberzollsekretär in dieser Betrugsangelegenheit vernommen worden, da sich ergeben hatte, daß er zum mindesten fahrlässig gehandelt hat. Im Laufe des heutigen Tages werden weitere Beamte der Oberzollkasse von der Kriminalpolizei vernommen. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß die von uns gestern angegebene Summe von 200 000 Zloty erheblich größer sein wird. Da die Untersuchung außerordentlich schwierig ist, so ist nicht damit zu rechnen, daß schon die nächsten Tage völlige Klarheit bringen werden.

Spielplan des Teatr Wielki.

Donnerstag, 19. 1.: „Geisha".
Freitag, 20. 1.: „Der Rastelbinder".
Sonnabend, 21. 1.: „Die Liebe der drei Könige" (Oper von Montemezzi — Premiere).
Sonntag, 22. 1., 3 Uhr nachm.: „Der Zigeunerbaron". Komische Oper von Strauß. (Ermäßigte Preise.) Abends: „Carmen" (Gastspiel Iza Szereszarska.)
Montag, 23. 1.: „Die Liebe der drei Könige".
Dienstag, 24. 1.: „Ein Herbstmanöver".

Vorverkauf an Wochentagen im Teatr Polski von 10 Uhr vorm. bis 5 Uhr nachm., an Sonn- und Feiertagen nur im Teatr Wielki von 11½—2 Uhr. Nach Beginn der Vorstellung wird niemand eingelassen.

Wettervoraussage für Freitag, 20. Januar.

= **Berlin,** 19. Januar. **Für das mittlere Norddeutschland: wieder etwas milder, veränderlich, stärkere Niederschläge, Windbewegung nach Südosten. — Für das übrige Deutschland: Nur im Osten Fortdauer des Frostwetters, in Mittel- und Westdeutschland Niederschläge.**

Schluß des redaktionellen Teils.

Andacht in den Gemeinde-Synagogen.

Synagoge A. — Wolnica.

Freitag abends 4¼ Uhr; Sonnabend morgens 7½ Uhr; vormittags 10 Uhr mit Neumondverkündigung (Schebat); Predigt; nachmittags 4½ Uhr mit Schrifterklärung. Sabbatausgang 5 Uhr 9 Minuten. — Werktag morgens 7¼ Uhr mit anschließendem Lehrvortrag. — Werktag abends 4½ Uhr — Sonntag abends Jom Kippur Koton.

Synagoge B. (Israel. Brüdergemeinde) Dominikańska.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Mincha.

Handelsnachrichten.

(OWN.) **Estlands Butterexport** hat sich in den letzten Jahren ganz rapide entwickelt, wie folgende Tabelle zeigt:

1921	1922	1923	1924	1925	1926	1927
128	999	2 347	3 187	6 445	8 691	11 175

Von den im ganzen 11 175 t oder 194 776 Fass, deren Wert sich auf ca. 35 Millionen Kronen belief, hat Deutschland nicht weniger als 132 457 Fass bezogen, während 61 837 Fass nach England gingen und der Rest nach Dänemark und Finnland. Es ist besonders interessant, die Steigerung der Ausfuhr nach Deutschland zu verfolgen, das bereits im Jahre 1924 über 70 Prozent der gesamten estländischen Butterausfuhr (gegen nur 2,6 Prozent im Jahre 1923) aufnahm, während in den Jahren 1921/23 Schweden mit im Durchschnitt 55 Prozent der stärkste Abnehmer war. 1925 vergrösserte sich der deutsche Anteil auf 81 Prozent, 1927 hat er wieder auf ca. 57 Prozent abgenommen, während der englische Anteil entsprechend stieg. Bekanntlich sind die deutsch-estländischen Wirtschaftsbeziehungen noch nicht durch einen endgültigen Handelsvertrag geregelt, weil man sich bisher über die Frage der Entschädigung der enteigneten deutschen Grundbesitzer in Estland noch nicht zu einigen vermochte. In jüngster Zeit ist die Situation zwischen den beiden Ländern sogar zu einer Art Zollkrieg reif geworden, da Estland im Begriff ist, einen neuen Zolltarif mit Maximalzöllen gegenüber solchen Ländern einzuführen, mit denen es noch keine Handelsverträge abgeschlossen hat. Bemerkenswert ist noch, dass Estland im selben Masse, wie es seinen Butterexport verstärkt, auch den Import künstlicher Speisefette vergrösserte. So wurden schon im Jahre 1926 über 181 t Kunstbutter (davon etwa der zehnte Teil aus Deutschland) eingeführt. Zur Hebung der estländischen Butterausfuhr hat nicht zuletzt die im Frühjahr 1927 gesetzlich festgelegte Ausfuhrkontrolle für Milchprodukte beigetragen, wonach z. B. Exportbutter nicht mehr als 16 Prozent Wassergehalt und keine anderen Konservierungsstoffe als Kochsalz haben darf, der Buttergehalt mindestens 80 Prozent betragen muss und ausserdem strenge Vorschriften hinsichtlich der Verpackung in Pergamentpapier, Buchenholzfässern oder Kisten über das Nettogewicht, den Kontrollvermerk usw. erlassen sind.

„Samolot" Flugzeugfabrik A. G. in Lawica bei Posen. Die Bilanz der Gesellschaft für 1925/26 schloss auf beiden Seiten mit einer Summe von 2 752 201.14 und die Gewinn- und Verlustrechnung mit einer Summe von 446 003.64 zł. Der **Reingewinn** für 1925 betrug 1 161 zł. Der soeben für 1926 veröffentlichten Bilanz entnehmen wir: **Aktiva:** Kasse 17 979.83, Banken 2 830.89, Effekten 94.50, Kaution 130, Schuldner 168 651.95, Fabrikgelände und Immobilien 317 603.97, Mobilien 59 527.56, Maschinen 259 941.81, Fabrikeinrichtungen 274 584.19, Magazin 599 729.35, Werkzeugfabrik 267 563.77, Fabrikation 876 414.47, Depositen 72 684.23, private Fliegerschule 642 310.47. **Passiva:** Aktienkapital 100 000, Reserve 6 477.68, Amortisationsfonds 188 849.28, Banken 10 324, Gläubiger 2 827 439.46, Akzepte 421 877.12, Vorschüsse 2 042 260.55, Summen 5 619.77, **Gewinn für 1926** 8 243.19. Die Bilanz schliesst auf beiden Seiten mit einer Summe von 4 817 776.77 und die Gewinn- und Verlustrechnung mit einer Summe von 916 640.13. Auf der am 29. Oktober 1927 stattgefundenen Generalversammlung wurde obige Bilanz angenommen und ausserdem beschlossen, den Gewinn für 1926 einschl. Gewinn für 1925 in Höhe von 9 404.19 zł auf das nächste Wirtschaftsjahr zu übertragen und das Aktienkapital von 100 000 auf 800 000 zł durch Herausgabe von 8000 Stück neuer 100 Złoty-Aktien mit Gewinnbeteiligung ab 1. Januar 1928 bei einem Emissionskurs von 100 zł zu erhöhen.

Thorner Druckerei A. G. Der Bilanz per 30. Juni 1927 entnehmen wir: **Aktiva:** Druckereieinrichtung 99 242.48, Immobilien 148 168.77, Automobile 11 410.20, Kasse 4 843.50, P. K. O. 418.26, Wechsel 779.40, Schuldner 18 398.14, Materialien 41 597.90, Anteile 3 073.85. **Passiva:** Uebertrag von 1925/26 404.19, Aktienkapital 200 000, Reserve 7 110.67, erste Spezialreserve 4 500.—, zweite Spezialreserve 29 987.61, Gläubiger 64 489.03, nicht erhobene Dividende 1 585.95, Banken 13 685.—, **Gewinn für 1927** 16 500.41. Die Bilanz schliesst auf beiden Seiten mit einer Summe von 328 032.50 und die Gewinn- und Verlustrechnung mit einer Summe von 589 330.13 zł. Folgende Gewinnverteilung wurde vom Aufsichtsrat **genehmigt:** Reserve 5 Prozent gleich 825.02, Dividende 8000, Provision 4000, für den Aufsichtsrat 2000 und 1675.39 zł auf neue Rechnung.

Zuckerfabrik Opalenica A. G. Der soeben veröffentlichten Bilanz für das Geschäftsjahr 1926/27 entnehmen wir: **Aktiva:** Kasse 30 573.80, Schuldner 2 762 483.49, Effekten 193 909.47, Materialien 7 001 359.54, Grund Gebäude, Maschinen und Apparate 2 126 199.01. **Passiva:** Aktienkapital 1 440 000, Gläubiger 7 657 673.69, Akzepte 2 129 610.13, Reserve 251 777.32, Spezialreserve 44 882.10, Beamtenpensionsfonds 13 939. **Gewinn** von 1925/26 7 261.83, **Reingewinn für 1926/27** 569 381.24. Die Bilanz schliesst auf beiden Seiten mit einer **Summe** von 12 114 525.31 zł und die Gewinn- und Verlustrechnung mit einer Summe von 21 280 277.38 zł.

Zuckerfabrik Nakel A. G. Der Bilanz per 1926/27 entnehmen wir: **Aktiva:** Terrain 81 028,36, Fabrikgebäude 495 913.53, Wohngebäude 36 668.54, Maschinen und Apparate 508 297.90, Nebenwerk 9 834.88, Utensilien 20 475.04, Melioration 3 853.98, Gespanne 27 839.01, Kasse 2 205.43, Banken 1 398 878.96, Kontokorrent 1 330 787 61, Rübenlieferanten 259 867.78, Effekten 199 770.01, Vorräte 2 838 305.53. **Passiva:** Aktienkapital 1 185 000, Reserve 31 321.79, Dividende 10 320.28, Wechsel für künstl. Düngemittel, Kohle und anderes 1 738 982.81, Banken 1 744 571.61, Kontokorrent 1 534 313.38, Rübenlieferanten 933 128.78, Uebertragung von 1925/26 565.31, **Reingewinn für 1926/27** 25 521.60. Die Bilanz schliesst auf beiden Seiten mit einer Summe von 7 203 725.56 und die Gewinn- und Verlustrechnung mit 8 391 852.43.

„Posener Mühle" A. G. Aus der Bilanz der Gesellschaft per 30. 6. 1927 ist zu erwähnen: **Aktiva:** Kasse und Banken 2 861.44, Warenvorräte und Kohlen 3 786.40, Schuldner 156 528.17, Immobilien 21 660.00, Maschinen 73 631.20, Einrichtungen 900, Kautionen 4 100.01. **Passiva:** Aktienkapital 120 000, Reserve 5000.70, Gläubiger 57 613.35, Akzepte 62 304.66, nicht erhobene Dividende 478.40, Spezialreserve 25 000, **Gewinn** 12 760.32. Die Bilanz schliesst auf beiden Seiten mit einer Summe von 263 467.22 zł. Aus der Gewinn- und Verlustrechnung ist zu erwähnen: **Einnahmen beim Warenumsatz** 214 341.24, Mietseinnahmen 2 780.64, Handelsunkosten, Bankzinsen und Löhne 161 368.12, Maschinen- und Gebäudereparaturen 41 755.14, Steuern 52 517 06, Abschreibungen 8 721.24, Gewinn 12 760.32. Die Gewinn- und Verlustrechnung **schliesst auf beiden Seiten mit einer Summe von** 217 121.88.

(OWN.) **Eine neue 25-Groschen-Briefmarke** wird (lt. Verordnung des polnischen Postministers) ab 10. Januar d. J. in Verkehr gesetzt. Das Format der Marke ist 21×26 mm. Sie stellt das Bildnis des Marschalls Piłsudski dar und ist dunkelorange.

Märkte.

Getreide. Warschau, 18. Januar. Im heutigen Privatgetreidehandel wurden Geschäfte zu fast unveränderten Börsenpreisen abgeschlossen. Das Angebot ist der schlechten Wege wegen recht schwach und auch die Nachfrage seitens der Käufer lässt stark zu wünschen übrig. Notiert wird für 100 kg fr. Ladestation, in Klammern fr. Warschau: Roggen 39.75 (40.75—41.25), Weizen 48—49 (51—53), Hafer 35 (37), Braugerste (43), Mahlgerste 36—37 (38—39), Peluschken 32, Seradella 23 zł.

Lemberg, 18. Januar. Die Geschäftsstille hält sowohl an der Börse wie auch im Privathandel an. Der Preis für Weizenmehl fällt bei starkem Angebot und auch für mittlere Weizenmehlsorten, die bisher nur exportiert wurden, fehlt Nachfrage. Tendenz behauptet. Stimmung sehr schwach. Marktpreise: Domänenweizen 48—49, kleinpoln. Roggen 38.50—39.50, Weizenmehl 40proz. 82—83.50, 50proz. 76—76.50, 65proz. 74—75 zł.

Posen, 18. Januar. Preise für 100 kg in Złoty: Weizen 45 bis 47, Roggen 39—40, Futtergerste 33—36, Braugerste 40—41, Felderbsen 45—50, Viktoriaerbsen 65—85, Hafer 33—34.50, Weizenkleie 29.50, Roggenkleie 29.50. Stimmung ruhig.

Thorn, 17. Januar. Die Firma B. Hozakowski zahlte in den letzten Tagen für 100 kg loco Thorn: Rotklee 125—300, weisser 150 bis 250, Schwedenklee 300—330, gelber 170—180, in Schalen 80—90, Incarnatklee 160—170, Wundklee 200—250, Inlandsraygras 100—110, Tymothe 50—60, frische Seradella 24—25, Sommerwicke 30—32, Winterwicke 75—80, Peluschken 32—33, Viktoriaerbsen 70—80, Felderbsen 45 bis 48, grüne 60—65, Senf 50—60, blaue Saatlupine 19—20, Gelblupine 20—22, blauer Mohn 100—118, weisser 110—120, rumän. Mais 30—40.

Kattowitz, 18. Januar. Weizen für den Export 51.50—53.50, für das Inland 50—51, Roggen für den Export 53—54, für das Inland 44.50—45.50, Hafer für den Export 41.50—42.50, für das Inland 38—39.50, Gerste für den Export 48—52, für das Inland 43—45, fr. Käuferstation Leinkuchen 53—54, Sonnenblumenkuchen 49—50, Roggen- und Weizenkleie 29—30. Tendenz ruhig.

Berlin, 19. Januar. Getreide- und Oelsaaten für 100 kg, sonst für 100 kg in Goldmark. **Weizen:** märk. 233—236 (74.5 Hektolitergewicht), März 265.75—265.50, Mai 273.50—274.50, Juli 276. Tendenz: behauptet. **Roggen:** märk. 233—236 (69 kg Hektolitergewicht), März 259.50—261, Mai 265.50—266, Juli 257. Tendenz: befestigt. **Gerste:** Sommergerste 220—270. Tendenz: gefragt. **Hafer:** märk. 200—211, März 226.50, Mai 236.25, Juli 242. Tendenz: ruhig. **Mais:** loko Berlin 215—217 (zollbegünstigter Futtermais). Tendenz: fest. **Weizenmehl:** 30—34. Tendenz: ruhig. **Roggenmehl:** 31—33.75. Tendenz: ruhig. **Weizenkleie:** 15. Tendenz: still. **Roggenkleie:** 15. Tendenz: still. **Raps:** 345—350. **Viktoriaerbsen:** 50—56. **Kleine Speiseerbsen:** 32—35. **Futtererbsen:** 21—22. **Peluschken:** 20—21. **Ackerbohnen:** 20—21. **Wicken:** 21—24. **Lupinen, blau:** 14—14.75. **Lupinen, gelb:** 15.70—16.10. **Seradella, neue:** 21—25. **Rapskuchen:** 19.90—20.10. **Leinkuchen:** 22.10 bis 22.40. **Trockenschnitzel:** 12.20—12.40. **Soyaschrot:** 21.30—21.60. **Kartoffelflocken:** 23.30—23.60.

Produktenbericht. Berlin, 19. Januar. Das Geschäft an der Produktenbörse leidet nach wie vor unter dem schlechten Mehlgeschäft, der erneut eingetretene Frost veranlasst die Mühlen, die an sich keineswegs dringenden Bedarf haben, zu stärkerer Zurückhaltung gegenüber dem Angebot von Kahnware. Die Meldungen von den überseeischen Märkten boten wiederum nur wenig Anregung, die Cifforderungen für Brotgetreide lauteten verschiedentlich etwas entgegenkommender. Das Angebot inländischen Weizens, auch besserer Qualitäten, hält weiter an, selbst bei nachgiebigeren Preisen entwickelt sich aber nur geringe Umsatztätigkeit. Roggen ist weder in Kahnnoch in Waggonware reichlich offeriert, angesichts der wiederum zu befürchtenden Schiffahrtsbehinderung findet Waggonware bessere Beachtung. Am Lieferungsmarkte waren Weizen im Preise rückläufig, Roggen blieb gut behauptet. Der Frost bewirkte eine Befestigung der Juli-Sicht. Während Roggenmehl reguläres Konsumgeschäft hat und auf Lieferung infolge der schwierigen Materialversorgung der Mühlen wenig angeboten und gut gefragt ist, gestaltet sich das Weizenmehlgeschäft nach wie vor schleppend. Das Haferangebot hat etwas nachgelassen, das Geschäft bleibt schwierig, vereinzelt bekundet der Konsum aber wieder etwas bessere Nachfrage. Für den Export wird weiter zu guten Preisen Ware gesucht. Von Gersten liegen gute Qualitäten weiter fest, geringere blieben reichlich angeboten und weniger beachtet.

Vieh und Fleisch. Warschau, 18. Januar. Am heutigen Schweinemarkt war die Stimmung unverändert, die Kauflust ist fortlaufend sehr klein. Vom Gesamtauftrieb einschl. Rest von den vorherigen Viehmärkten in Höhe von 1294 Stück wurden ca. 400 Tiere verkauft. Bei behaupteter Tendenz wurde für 1 kg Lebendgewicht loko Städt. Schlachthaus 1.60—2.15 zł gezahlt. Auch am Rindermarkt war die Stimmung mit Ausnahme von Kälbern schwächer. Aufgetrieben wurden 325 Kälber bei Preisen von 2—2.10 zł und 615 Ochsen bei Preisen von 0.95—1.30 zł für 1 kg Lebendgewicht loko Schlachthaus.

Krakau, 18. Januar. Am hiesigen Viehmarkt wird für 1 kg Lebendgewicht loko Krakau in Złoty notiert: Bullen 1—1.35, Ochsen 1.25—1.90, Kühe 0.80—1.60, Färsen 1.15—1.75, Kälber 1.56—2.33, Schweine 2.10—2.40, geschlachtet 2.45—3.40. Tendenz für Rinder und Kälber behauptet, Schweine steigend.

Myslowitz, 16. Januar. Amtl. Notierungen vom Zentralviehhof in Myslowitz einschl. Handelsunkosten: Kühe und Färsen 1.58—1.67, mässig genährte Kühe und Färsen 1.48—1.57, schlechtere Sorten unter 1.48 zł, Mastschweine über 150 kg 2.32—2.42, vollfl. 120—150 kg Lebendgewicht 2.21—2.31, 100—120 kg 2.10—2.20, 80—100 kg Lebendgewicht 1.98—2.09.

Molkereierzeugnisse. Sosnowitz, 18. Januar. Grosshandelspreise für 1 kg in Złoty: Tafelbutter I. 5.90—6.20, frische ungesalzene Landbutter I. 5.60, frische gesalzene 5.40—5.60, litauischer Käse 4.80, Quark 1 zł, Landkäse 1.50, Schafkäse pro Stück 1.30, Edamer I. 3.70, Tilsiter 3.50 zł. Bedarf für Butter normal. Tendenz für Butter steigend, Rest ruhig.

Wilna, 18. Januar. Der Verband der Eier- und Molkereigenossenschaften notiert für 1 kg im Grosshandel: Beste Auswahlbutter „Prima" I. 5,80—6.10, leicht gesalzen 5.60—5.80, litauischer Käse 4.20. Tendenz im allgemeinen ruhig, Zufuhren durchschnittlich.

Häute und Felle. Lemberg, 18. Januar. Die Tendenz ist am hiesigen Ledermarkt bei kleinem Angebot fest. Der hohen Rohlederpreise wegen kalkuliert sich ein Export von fertigem Leder nicht, so dass nur leichte rohe Felle zum Versand gelangen.

Krakau, 18. Januar. Preise für 1 kg in Złoty: Rindsfelle 2.90, Kuhfelle 2.70, Färsenfelle 3, Kalbsfelle 13—14 pro Stück.

Lublin, 16. Januar. Am hiesigen Rohledermarkt ist die Tendenz für alle Sorten, besonders für Kalbshäute fest. Notierungen für 1 Stück: Hiesige Kalbshäute 16, aus der Umgebung 14—15, Rindshäute 2.70 bis 2.80 pro kg im Schlachthaus. Schaffelle zu Pelzen 11 zł das Stück.

Oele und Fette. Kattowitz, 16. Januar. Die Saison für Farben beginnt zwar erst im März, doch kommen jetzt schon kleinere Geschäftsabschlüsse in Firnis und Lackfarben bei 3- bis 4-Monatskredit zustande. Loko Kattowitz wird für 100 kg netto einschl. Fass notiert: Firnis 230, Leinöl 220, Rapsöl 225, technisches Rizinusöl 290, Terpentin I. prima 1.95, II. 1.25 für 1 kg.

Kohle. Kattowitz, 17. Januar. Am hiesigen Kohlenmarkt ist keine grössere Aenderung eingetreten. Das Steigen der Temperatur hat normale Verladung der Eisenbahntransporte nach den Häfen ermöglicht. Das Verkaufskontingent behauptet sich auf seinem Stande. Für 1 Tonne loko Grube wird notiert: Grob- und Würfelkohle I. und II. Sorte sowie Nusskohle Ia 32.60, Nusskohle Ib 29.80—28.60, II. 28 bis 26.50, gesiebter Kohlengries 20.40—16, halbgesiebt 17.50—16.20, nicht gesiebt 13.80, kleine Kesselkohlen 15.40—14.50, Kesselgries 14.20, Kohlenstaub 11.10 zł loko Grube für 1 Tonne. Die Nachfrage nach Koks ist weiterhin stark. Notiert wird: Würfelkoks Ia 60—80 mm und II. 40—60 mm 39.80, Nusskoks I. 25—40 mm 38.70, II. 16—25 mm 35, 6—15 mm 29.10, kleinere Kokssorten 13.20 zł loko Kokerei.

Metalle und Metallwaren. Kattowitz, 18. Januar. Die Lage im hiesigen Eisenhüttenwesen ist schwer. Auch bei den Grosshändlern sind die Bestellungen stark zurückgegangen. Eines der grössten Uebel am Platze ist der Bargeldmangel. Das Syndikat der polnischen Eisenhütten notiert für 1 Tonne fr. Hütte: Stabeisen Grundpreis 350 zł, Formeisen ab Nr. 24 Grundpreis 350 zł, Nr. 26 und darüber 390 zł, heiss gewalztes Bandeisen 422.50, Universaleisen 390 zł, dickes Blech 5 mm und darüber 432.50, dünnes Blech unter 5 mm 525, Walzdraht übl. Handelsgüte 397.50, Riegel 305, Schienen 100 mm hoch und darüber 422.50, dazu schon gelochte Schwellen 462.50, Rangierschwellen 525, Schienen unter 100 mm Höhe 385, Schwellen dazu 462.50. Preise für Waren, die dem Syndikat nicht unterliegen: Schwarze Gasröhren 450 bis 530 pro Tonne ab 1 bis 2 Zoll Durchmesser, verzinkte Röhren 50 Prozent teurer.

Posener Börse.

Börsenstimmungsbild. Posen, 19. Januar, 14 Uhr. Die heutige Börse verlief bei weiter leicht abgeschwächten Kursen ruhig. Von festverzinslichen Werten sind 4proz. Konvertierungspfandbriefe auf 50 Prozent gefallen und können sich auf diesem Stande behaupten, während von Staatspapieren 5proz. Konvertierungsanleihen zu 65,50 Prozent weiter gesucht sind. Am Bankaktienmarkt besteht nur für Bank Przemysłowców zu 1,10 zł Interesse. Am Markte für Industrie- und Handelswerte überwiegt das Angebot leicht die Nachfrage. Infolgedessen sind die Kurse leicht abgeschwächt. Cegielski, Herzfeld, Luban und Dr. Roman May sind angeboten, und nur für Unja besteht einige Nachfrage. Bank Polski im Privathandel 161.

(Schlusskurse.) **Fest verzinsliche Werte.**

	19. 1.	18. 1.		19. 1.	18. 1.
8% staatl. Goldanleihe	—	—	4% Konv.-Anl. d. P. Ldsch.	50.00G	51.00B
5% Konvers. Anleihe	65.50G	65.50G	6% Rogg.Br. d. Pos. Ldsch.	25.40G	25.30G
10% Eisenbahnanleihe	—	—	3% Pos. Vorkr.-Prov. Oblig.	—	—
6% Doll. Anleihe 1919/20	—	—	3½% Pos. Vorkr. Prov. Oblg.	—	—
8% Pfbr. d. staatl. Agrarbk.	—	—	4% Pos. Vorkr. Prov. Obl.	—	—
7% Wohn.- Oblig. d. St. Pos	—	—	3½ u. 4% Pos. Pr. Obl. m. poln. St.	—	—
8% Oblig. der Stadt Posen	91.5+	91.50B	5% Prämien-Dollaranleihe	—	64.50B
8% Doll.Br.d.Pos.Landsch.	92.75G	92.75B			

Tendenz: etwas schwächer.

Industrieaktien.

	19 1.	18. 1.		19. 1.	18. 1.		19. 1.	18. 1.
Bk. Centralny	—	—	Centr. Skor	—	—	Pap. Bydg.	—	—
Bk. Kw. Pot.	—	—	Cukr. Zduny	—	—	Piechcin	—	—
Bk. Przemysl.	1.10G	1.10G	Goplana	—	15.50G	Płótno	—	—
Bk.Zw.Sp.Żar.	—	90.50G	Gródek Elekt.	—	—	Pneumatyk	—	—
P. Bk. Handl.	—	—	Hartwig C.	—	—	P.Sp.Drzewna	—	—
P.Bk.Ziemian	—	—	H. Kantorow.	—	—	Tri	—	—
Bk. Stadthag.	—	—	Hurt. Skór	—	—	Unja	21.50G	22.00B
Arkona	—	—	Herzf.-Viktor.	50.00B	50.00G	Wisła	—	—
Brow. Grodz.	—	—	Lloyd Bydg.	—	—	Wytw. Chem.	—	—
Brow. Krot.	—	—	Luban	95.00B	—	Wyr.Cer.Krot.	—	—
Brzeski-Auto		—	Dr.RomanMay	105 B	107.5B	Żar	—	—
Cegielski	49.00B	49.50B	Młyn Wągrow.	—	—			
Centr. Rolnik.	-	—	Młyn Ziem.	—	—			

Tendenz: etwas schwächer.
G. = Nachfrage, B. = Angebot, +|| Geschäft, * = ohne Umsatz.

Warschauer Börse.

Fest verzinsliche Werte.

	19. 1.	18. 1.		19. 1.	18. 1.
5% Dollarprämien-Anl.	63.50	63.25	6% Dollar-Anleihe	—	—
8% Staatl. Konvers.-Anl.	—	—	10% Eisenbahn-Anleihe	102.00	102.00
5% Staatl. Konvers.-Anl.	66.75	66.50	Eisenb.-Konvers.-Anleihe	60.50	61.50

Industrieaktien.

	19. 1.	18. 1.		19. 1.	18. 1.		19. 1.	18. 1.
Bk. Polski	164.00	163.00	Częstocice	—	—	Ostrowice	83.00	82.00
Bk. Dyskont.	136.00	136.00	Gosławice	—	—	Parowozy	—	—
Bk. Handlow.	123.00	123.00	Michałów	—	—	Pocisk	—	—
Bk. Zachodni	34.50	34.00	Ostrowite	—	—	Rohn	—	—
Bk. Zj. Ziem. P.	—	—	W. T. F. Cukru	—	—	Rudzki	50.00	—
Bk. Zw.Sp.Zar.	92.50	92.00	Firley	54.00	54.00	Starporków	—	—
Grodzisk	—	—	Łazy	—	—	Ursus	—	—
Puls	—	—	Wysoka	—	143.00	Zieleniewski	—	—
Spiess	—	152.50	Drzewo	—	—	Zawiercie	—	—
Strem	—	—	Węgiel	100.50	98.00	Żyrardów	—	—
Zgierz	—	—	Nafta	—	—	Borkowski	—	—
Elektr. Dąbr.	—	—	Polska Nafta	—	—	Br. Jabłkow.	—	—
Elektryczność	—	—	Pol.Przem.Naf	—	—	Syndikat	—	—
P. Tow. Elekt.	—	—	Nobel	—	—	Haberbusch	165.00	—
Starachowice	62.25	62.00	Cegielski	—	48.00	Herbata	—	—
Brown Bovery	—	—	Fitzner	—	—	Spirytus	—	—
Kabel	—	—	Lilpop	41.00	40.25	Żegluga	—	—
Siła i Swiatło	—	93.00	Modrzejów	43.75	43.75	Majewski	—	—
Chodorów	—	—	Norblin	—	—	Mirków	—	—
Czersk	—	—	Orthwein	—	—	Lombard	—	—

Tendenz: etwas fester.

Amtliche Devisenkurse.

	19. 1. Geld	19. 1. Brief	18. 1. Geld	18. 1. Brief		19. 1. Geld	19. 1. Brief	18. 1. Geld	18. 1. Brief
Amsterdam	—	—	358.70	360.50	Paris	34.98	35.15	34.98	35.16
Berlin*)	212.27	212.68	212.17	212.58	Prag	26.35	26.48	26.35	26.48
Brüssel	124.09	124.71	—	—	Rom	47.065	47.305	47.06	47.305
Helsingfors	—	—	—	—	Stockholm	—	—	—	—
London	43.36	43.58	43.355	43.57	Wien	125.24	125.86	125.24	125.83
Newyork	8.88	8.92	8.86	8.92	Zürich	171.37	172.23	171.30	172.16

*) Ueber London errechnet.
Tendenz: etwas schwächer.

Berliner Börse.

Börsenstimmungsbild. Berlin, 19. Januar, 13.30 Uhr. Ein deutliches Zeichen für die herrschende Unsicherheit waren die mehrprozentigen Schwankungen der Hauptwerte heute vormittag. Die Erholungen der gestrigen Frankfurter Abendbörse konnten sich zwar im allgemeinen behaupten, die Grundstimmung war sogar eher etwas beruhigter, doch hielt sich die Spekulation, da neue Anregungen fehlten und die politische und Geldmarktlage immer noch ungeklärt war, recht reserviert. Bei kleinem Geschäft stellten sich die ersten Notierungen gegen gestern mittag 1—2 Prozent höher, das heisst also, die Kurse lagen etwa auf Frankfurter Abendbasis. Eine gewisse Anregung ging von angeblich eingetroffenen privaten Freigabenachrichten, die die Situation wieder günstiger beurteilen, aus. Nur wenige Papiere traten aus dem Gesamtbild der Börse stärker hervor. Sehr fest auf den günstigen Abschluss eröffneten Bemberg plus 12 Prozent, Polyphon gewannen 6 Prozent, Tietz 5 Prozent, Berger und Aktien für Verkehrswesen je 4 Prozent. Bemerkenswert war noch die Steigerung der Hohenlohe-Aktien, die mit plus-plus-Zeichen an der Maklertafel erschienen und mit 19 nach 17¾ notierten. Nach den ersten Kursen kam es allgemein zu einer Geschäftsbelebung. Die Kurse stellten sich im Durchschnitt 1 Prozent höher, Farben zogen bei grösseren Umsätzen um 2 Prozent an, nur in Polyphon war eine stärkere Abschwächung festzustellen. Die Möglichkeit einer französischen bzw. englischen Diskontsenkung gab man ebenfalls als anregendes Moment an. Die Gerüchte, dass Paris um ½ Prozent ermässigt habe, bestätigten sich bisher nicht. In England ist der Diskont ebenfalls unverändert geblieben. Weitere Spezialbewegungen hatten im Verlauf Oberbedarf, die schon 3½ Prozent höher eingesetzt hatten und weitere 3 Prozent gewannen, Rheinische Braunkohlen, die bis 243,5 anzogen, Feldmühle, die 4½ Prozent über Anfang umgingen, Berger, Bemberg, Glanzstoff und Spritwerte. Anleihen im Verlauf eher fester. Ausländer behauptet. 4proz. Franzosen plus 5 Prozent nach 4⅕ Prozent. Pfandbriefe still, Anteile wider Erwarten fester und bis 1 Prozent erhöht, sonst eher schwächer. Devisen angeboten, Mark fest. Geldmarkt unverändert. Privatdiskont 6¼ Prozent.

(Anfangskurse.) **Terminpapiere.**

	19. 1.	18. 1.		19. 1.	18. 1.		19. 1.	18. 1.
Dt. R.-Bahn	100.00	100.00	Dessauer Gas	174.50	175.25	Metallbank	132.50	—
A-G. f. Verkehr	184.00	181.75	Dt. Erdöl-Ges.	132.75	133.75	Nat. Auto-Fb.	97.50	97.00
Hamb. Amer.	148.50	147.25	Dt. Maschinen	69.50	68.00	Oschl. Eis. Bd.	85.00	83.50
Hb.Südam.Dp.	211.00	211.00	Dynam. Nobel	—	130.00	Oschl. Koksw.	95.75	94.12
Hansa	210.00	209.75	El. Lief.-Ges.	177.00	177.62	Orenst. u. Kop.	134.00	133.00
Nordd. Lloyd.	152.75	151.12	El. Licht u. Kr.	218.50	218.25	Ostwerke	350.50	348.00
Al.Dt.Kr.Anst.	145.50	145.75	Essen. Steink.	148.75	148.00	Phönix Bgb.	99.75	98.12
Barmer Bank	149.00	149.12	I. G. Farben	265.25	267.00	Rh. Braunkoh.	240.00	239.50
Berl. Hls.-Ges.	263.50	261.00	Felten u. Guill.	122.62	123.75	Rh. Elek.-W.	—	152.75
Com. u. Pr.-Bk.	174.25	174.50	Gelsenk. Bgw.	138.25	139.00	Rh. Stahlwk.	173.50	172.50
Darmst. Bank	237.50	238.00	Ges. f. el. Unt.	275.00	274.25	Riebeck	—	151.25
Deutsch. Bank	164.50	165.00	Goldschmidt	113.00	113.87	Rütgerswerke	92.62	93.50
Disc.-Ges.	157.87	158.37	Hbg. Elk.-Wk.	149.75	—	Salzdetfurth	—	241.25
Dresdner Bk.	158.50	158.75	Harpen. Bgw.	190.50	191.50	Schl. Elek.-W.	182.50	182.00
Mtdtsch. K. Bk.	—	217.00	Hoesch	—	144.75	Schuckt. & Co.	183.50	183.00
Schulth. Patz.	403.00	400.00	Holzmann	—	143.00	Siem. & Halske	287.00	286.25
A. E. G.	170.00	169.50	Ilse Bgb.	230.75	231.00	Tietz, Leonh.	201.00	197.00
Bergmann	181.87	181.50	Kaliw. Asch.	170.50	171.50	Transradio	135.75	—
Berl. Msch.-F.	—	125.00	Klöckner	124.50	124.87	Ver. Glanzstoff	572.00	580.00
Buderus	100.75	99.50	Köln-Neuess.	146.25	144.75	Ver. Stahlw.	106.00	—
Charl. Wasser	127.00	126.50	Löwe, Ludw.	268.00	270.50	Westeregeln	178.50	179.00
Cont. Caoutch.	117.50	117.75	Mannesmann	154.00	153.00	Zellst. Waldh.	255.00	253.00
Daiml.-Benz	87.50	88.50	Mansf. Bgb.	118.00	116.00	Otavi	42.00	42.75

	19. 1.	18. 1.		19. 1.	18. 1.
Ablös.-Schuld 1-60 000	52.30	52.50	Ablös.-Schuld ohne Auslosungsr.	16.25	16.50
„ „ 60-90 000	57.30	57.50			

Industrieaktien.

	19. 1.	18. 1.		19. 1.	18. 1.		19. 1.	18. 1.
Accumulator.	152.50	154.00	Feldmühle	208.00	210.00	Pöge, Eltr.-W.	104.37	106.00
Adlerwerke	88.50	88.00	Hohenlohe	19.00	17.50	Riedel	50.00	52.25
Aschaffenb.	—	176.25	Humboldt	37.00	—	Sachsenwerk.	123.75	124.62
Bemberg	447.00	448.00	Körting, Gebr.	83.25	90.75	Sarotti	—	182.00
Berger, Tiefb.	307.50	307.00	Lahmeyer	166.25	166.25	Schl.Bgb. u. Zk	132.00	131.25
Cop. Hisp. Am.	—	566.00	Laurahütte	76.75	77.00	Schl. Textil	89.62	89.00
Dt. Kabelwk.	93.00	94.00	Lorenz	110.50	110.00	Schub. & Salz.	339.00	340.00
Dt Wollw. Man	—	57.00	Motor. Deutz	66.00	—	Stett. Vulkan	—	—
Dt. Eisenhd.	87.00	86.50	Nordd. Wollk.	160.12	161.50	Stolb. Zinkh.	213.00	216.00

Tendenz: unsicher.

Amtliche Devisenkurse.

	19. 1. Geld	19. 1. Brief	18. 1. Geld	18. 1. Brief		19. 1. Geld	19. 1. Brief	18. 1. Geld	18. 1. Brief
Buenos Aires	1.791	1.795	1.791	1.795	Jugoslawien	7.383	7.397	7.385	7.399
Canada	4.183	4.191	4.185	4.193	Kopenhagen	112.31	112.53	112.38	112.55
Japan	1.970	1.974	1.963	1.967	Lissabon	20.43	20.47	20.48	20.52
Konstantinopel	2.183	2.187	2.177	2.181	Oslo	111.57	111.79	111.54	111.76
London	20.439	20.479	20.445	20.485	Paris	16.47	16.51	16.485	16.525
Newyork	4.1910	4.1990	4.1930	4.2010	Prag	12.424	12.444	12.428	12.448
Rio de Janeiro	0.5055	0.5075	0.505	0.507	Schweiz	80.765	80.925	80.775	80.935
Uruguay	4.276	4.284	4.286	4.294	Sofia	3.027	3.033	3.027	3.033
Amsterdam	169.13	169.47	169.14	169.48	Spanien	71.92	72.06	71.55	71.69
Athen	5.544	5.556	5.544	5.556	Stockholm	112.60	112.82	112.68	112.90
Brüssel	58.42	58.54	58.44	58.56	Budapest	73.28	73.42	73.30	73.44
Danzig	81.74	81.90	81.72	81.88	Wien	59.05	59.17	59.08	59.20
Helsingfors	10.552	10.572	10.558	10.578	Kairo	20.962	21.002	20.967	21.007
Italien	22.185	22.225	22.185	22.225					

Ostdevisen. Berlin, 19 Januar, 14 Uhr. Auszahlung Warschau 46 96 -47.16, Große Złoty-Noten 46.80—47.20, Kleine Złoty-Noten 46.70—47.10. 100 Rm. = 212 04—212.95.

Notenkurse. Im privaten Bankverkehr zahlte man am 19. Januar für 1 Dollar 8.85—8.87 zł, 1 engl. Pfund 43.27 zł, 100 schweizer Franken 170.96 zł, 100 französische Franken 34.91 zł, 100 deutsche Reichsmark 211.15 zł, 100 Danziger Gulden 172.86 zł.

Der Złoty am 18. Januar 1928. London 43.50, Zürich 58.15, Riga 59.50, Tschernowitz 17.95, Bukarest 18.05, Neuyork 11.25, Mailand 217, Prag 377.75.

Sämtliche Börsen- und Marktnotierungen sind ohne Gewähr.

Die Lage der Weltlandwirtschaft vor dem Kriege und heute.

Der zweite Band der Arbeiten des XIII. Internationalen Landwirtschaftskongresses (Rom, Mai-Juni 1927) ist soeben im Druck erschienen. Er enthält vor allem die Berichte über die Lage der Weltlandwirtschaft, die der „Internationalen Konferenz der landwirtschaftlichen Vereinigungen" vorgelegt worden sind.

Der allgemeine Bericht, ausgearbeitet vom Sekretariat der Konferenz, stellt einen ersten Versuch dar, auf statistischem Wege zu einem gegebenen Zeitpunkt für eine große Zahl von Ländern festzustellen, was für Veränderungen in der Lage der Landwirte gegenüber der Vorkriegszeit und im Vergleich zur Lage der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung eingetreten sind. Er gründet sich auf 7 Spezialberichte prominenter Vertreter der Landwirtschaft Europas und Amerikas, sowie auf die Ergebnisse einer Umfrage, die von über 50 Vereinigungen und Regierungen beantwortet worden war. Dieser Bericht ist im übrigen schon vor dem Kongreß in provisorischer Fassung der Subkommission für landwirtschaftliche Fragen des vorbereitenden Komitees der Weltwirtschaftskonferenz — Genf, Mai 1927 — zugestellt worden, und diese hat daraus für ihre Arbeit nützliche Schlüsse gezogen.

In den meisten Ländern war die Lage der Landwirtschaft in den Jahren 1925 und 1926 wesentlich ungünstiger als in den Jahren 1913 und 1914. Der Goldindex der verkauften landwirtschaftlichen Produkte ist zwar von 100 auf 128 hinaufgegangen, aber derjenige der Artikel und Leistungen, die der Landwirt bezahlen muß, ist im allgemeinen viel mehr gestiegen. Der Barlohnindex steht auf 142, derjenige für Maschinen und Werkzeuge auf 153, für landwirtschaftliche Bauten auf 168, für Stoffe und Schuhe auf 188.

Gegenüber 1913/14 ist die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Produkte für die Betriebsausgaben um 10 Prozent und für die notwendigen Verbrauchsgüter um 28 Prozent gesunken.

Von den Steuern und Schuldzinsen war in der Umfrage des Sekretariats abgesehen worden. Es geht jedoch aus den Berechnungen für die Schweiz und Deutschland hervor, daß deren rechnerische Berücksichtigung die oben genannten Zahlen nicht wesentlich beeinflußt oder sie sogar noch verschlechtert hätte.

Diese Indices stimmen im allgemeinen ziemlich genau überein mit den in einigen Ländern von den Regierungen oder nicht amtlichen Instituten festgestellten Zahlen. Sie entsprechen überdies den allgemeinen Angaben, die dem Sekretariat gemacht wurden.

In den Vereinigten Staaten von Amerika findet wohl die Methode der Indexberechnung ihre planmäßigste und weitestgehende Anwendung. Die vom Landwirtschaftsdepartement der Vereinigten Staaten festgestellten Indizes geben ein genaues Bild der Verhältnisse; sie betrugen im Jahre 1925 im Vergleich zu den Jahren 1910/14:

für landwirtschaftliche Produkte	147	Prozent
für Nahrungsmittel, Großhandel	156	"
für Nahrungsmittel, Kleinhandel	160	"
Allgemeiner Index	162	"
Für landw. Löhne	168	"
für industrielle Löhne	225	"

In der Schweiz ist die Kaufkraft der landw. Produkte im Jahre 1925/26 um 11 Prozent geringer als 1913/14. Nach den Erhebungen des Schweizerischen Bauernsekretariats über die Rentabilität der Landwirtschaft ist der Reinertrag im Jahre 1925 auf 2,33 Prozent und im Jahre 1926 auf 1,16 Prozent (provisorische Zahl) herabgesunken.

Die in den meisten Ländern festgestellte wesentliche Verschlimmerung in der Lage der Landwirtschaft gegenüber der Vorkriegszeit muß als eine der Hauptursachen — wenn nicht als die Hauptursache — der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise aufgefaßt werden. Die Landwirtschaft beschäftigt den größten Teil aller wirtschaftlich Tätigen der Erde. Wenn ihre Erträgnisse zurückgehen, so ist dieser ganz bedeutende Teil der Menschheit gezwungen, sich im Einkauf aller möglichen Artikel einzuschränken, und diese Einschränkung beeinflußt einerseits wiederum Industrie und Gewerbe und hat Arbeitsmangel und Arbeitslosigkeit zur Folge.

Zu Geßlers Rücktritt.

In der „Neuen Freien Presse" veröffentlicht der Berliner Berichterstatter dieses Blattes Aeußerungen eines ungenannten Freundes des Reichswehrministers über den Rücktritt Geßlers und über die Gründe, die ihn dazu bewogen haben. Geßler habe schon im Juni 1927 gehen wollen und sei damals lediglich auf dringendes Bitten des Reichskanzlers geblieben, der ihm erklärte, er dürfe nicht zurücktreten, ehe General Heye aus Amerika zurückgekehrt sei und ehe die Beamtenbesoldung erledigt sei. Als Hauptgrund für die jetzige Demission des Ministers wird die Phoebus-Affäre genannt. Dr. Geßler werde jetzt eine Reise durch Bayern antreten und dann nach Tirol gehen, wo er vielleicht seine Lebenserinnerungen aufzeichnen werde. Ueber die Nachfolge befragt, soll Geßler gesagt haben, das Ministerium müsse definitiv besetzt werden. Er halte General Groener in jeder Beziehung für geeignet.

Abgeordneter Kahl spricht auf der Reichsgründungsfeier der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 19. Januar. (R.) Auf der Reichsgründungsfeier der Deutschen Volkspartei in Berlin hielt gestern an Stelle des durch Krankheit verhinderten Dr. Stresemann Geheimrat Kahl die Festrede. An eigene Erinnerungen an die Zeit vor 50 Jahren anknüpfend, trat Geheimrat Kahl dafür ein, daß der 18. Januar auch offizieller nationaler Feiertag werde. Damit solle der Bedeutung des 11. August nichts genommen werden, denn die Weimarer Verfassung habe im Nachkriegsdeutschland in wirrer Zeit erst wieder den festen Rechtsboden geschaffen. Ueber allem Kampf um Einheitsstaat oder Bundesstaat müsse der Gedanke an die Reichserhaltung stehen. Im Sinne der Reichserhaltung wolle die Deutsche Volkspartei in den Wahlkampf ziehen.

Die Witwe Eisners klagt gegen Bayern.

München, 18. Januar. Die in Berlin wohnende Witwe Kurt Eisners hat beim Landgericht München eine Klage gegen den bayerischen Staat eingereicht, der ihr seit 1923 jede Rentenzahlung verweigert hat. Bis 1923 sind ihr wertlose Papiermarkrenten gezahlt worden. Frau Eisner verlangt Nachzahlung von 24000 Mark für die Jahre 1923 bis 1927 und für alle Zukunft eine vierteljährlich vorauszahlbare Rente von 6000 Mark. Die Klage stützt sich darauf, daß die königliche Regierung an Eisner die Amtsgeschäfte übergeben hat, und daß der frühere König Ludwig nach der Revolution die Beamten vom Treueid entbunden hat. Durch Gerichtsbeschluß ist Frau Eisner und ihrer minderjährigen Tochter das Armenrecht bewilligt worden. Der erste Termin ist auf den 18. Februar angesetzt.

Nachricht von der deutsch-schweizerischen Turkestan-Expedition.

London, 19. Januar. (R.) Wie aus Allehabad berichtet wird, veröffentlicht die dortige „Daily Pioneer" Einzelheiten über das Schicksal der deutsch-schweizerischen Expedition, die im vergangenen Jahre nach Chinesisch-Turkestan aufgebrochen ist, um die Salzseen an der Grenze von Tibet zu studieren. Der Führer der Expedition, Dr. Trinkler, hat bereits vor mehreren Jahren eingehende Untersuchungen in Afghanistan angestellt. Weiter gehören der Expedition an: der Geologe Dr. Terra und Herr Roßhard. Die Expedition hat den aus Yarkand datierten Berichten zufolge Leh in Kaschmir Mitte Juli verlassen. Ueber Paberang und Marsimikla erreichte sie in 14 Tagen den Salzsee Sirigh Jilganangkul. Einen Monat später traf sie nach außerordentlichen Beschwerden auf dem Aksai Chin-Plateau ein. Hier wurde sie gezwungen, ihr Programm zu ändern und so schnell als möglich nach dem nächsten bewohnten Ort zu reisen, da fast alle Tiere in den sandigen Bezirken des westlichen Tibet eingingen.

Der Krematoriumsskandal in Wilmersdorf.

Das Krematorium von Wilmersdorf, gewissermaßen der Verbrennungsort für die gute Gesellschaft des Berliner Westens, ist in einer eigentümlichen Weise Mittelpunkt eines Skandals geworden. Die Leiche eines hier zur Einäscherung eingelieferten Kaufmanns Winkler trug ein wertvolles Goldgebiß, das auf über 3000 Mark geschätzt wurde. Dies Goldgebiß war, als die Verwandten sich danach erkundigten, verschwunden, ohne daß jemand erklären konnte, wohin. Es erhob sich der Verdacht, daß die beiden Heizer Hille und Rychlich, die mit dem Einäscherungsverfahren betraut waren, das Gebiß an sich genommen hätten, zumal Hille bei einer Vernehmung sich in Widersprüche verwickelte und behauptete, er habe von den Verwandten den Auftrag bekommen, das Gebiß zu entfernen, was nicht stimmte. Der Untersuchungsrichter ließ daher Hille und Rychlich in Haft nehmen und nach Moabit bringen.

Nun kam als neue Tatsache hinzu, daß sich in der vergangenen Nacht der Pförtner der Einäscherungsanstalt, auch ein ehemaliger Heizer, mit Namen Gustav Zepker erhängt hat, wahrscheinlich aus Furcht vor einer Vernehmung, die ihm heute bevorstand. Dieser Selbstmord wird möglicherweise den Fall der beiden anderen Heizer aufklären. Man machte bei dieser Gelegenheit die Wahrnehmung, daß im Krematorium Wilmersdorf überhaupt recht unordentliche Zustände herrschen mußten. Hauptsächlich infolge der Belastung, der das Institut ausgesetzt ist, und wegen des zu geringen Personals. Die Leichen wurden nicht, wie die Angehörigen bei den Totenfeiern meinten, unmittelbar verbrannt, sondern blieben oft noch tagelang in unverschlossenen Kellern stehen, ehe sie den Flammen übergeben wurden. Die vorhandenen Feuerungsanlagen reichten bei der Ueberlastung nicht aus, so daß infolge der mangelhaften Aufsicht wohl Wertgegenstände oder Schmuck, den man den Toten mitgegeben hatte, verschwinden konnten.

Die Kleine Entente informiert Frankreich über ihre Demarche beim Völkerbund.

London, 19. Januar. (R.) Wie Pertinax im „Daily Telegraph" berichtet, ist die französische Regierung gestern von den Regierungen der Kleinen Entente davon in Kenntnis gesetzt worden, daß sie übereinstimmende Memoranden an den Generalsekretär des Völkerbundes vorbereiteten, in dem Sir Eric Drumond aufgefordert werde, der nächsten Sitzung des Völkerbundsrates Informationen zu unterbreiten, die den Staaten der Kleinen Entente über die Einführung von Kriegsmaterial und Munition durch Ungarn unter Verletzung des Vertrages von Trianon gesammelt hätten. Die Uebergabe der drei Schriftstücke in Genf sei bereits erfolgt oder stehe unmittelbar bevor.

Das britische Memorandum zur Sicherheitsfrage.

Genf, 18. Januar. (R.) Das Memorandum der britischen Regierung an das Sicherheitskomitee des Völkerbundes, das im Februar zusammentreten soll, ist heute veröffentlicht worden. Es ist 30 Seiten stark. Der erste Teil bezieht sich auf die Schiedsgerichtsbarkeit. Er betont die Notwendigkeit, zwischen Differenzen juristischer Art und solchen nichtjuristischer Art zu unterscheiden. Die britische Regierung ist der Ansicht, es sei das Gegebene, den Sinn des Schiedsvertrages auf diejenigen internationalen Abmachungen zu beschränken, welche Differenzen juristischer Art behandeln. Die britische Regierung erneuert die Vorbehalte betreffend die Zustimmung zur Fakultativklausel des Artikels 36 des Statuts des Haager Gerichtshofes. Fälle nichtjuristischer Art seien durch das Schlichtungsverfahren zu regeln.

Der zweite Teil des Memorandums, der von der Sicherheit handelt, enthielt analoge Verträge, wie die von Locarno mit den zusätzlichen Garantien des Völkerbundspaktes abzuschließen. Der Vertrag von Locarno entspricht dem Geiste der Völkerbundssatzung vollkommen und trägt dazu bei, die Durchführung ihrer Bestimmungen zu erleichtern. Die britische Haltung zu Art. 16 der Völkerbundssatzung, der von den Maßnahmen gegen einen Mitgliedsstab des Völkerbundes, der zum Kriege greift, spricht, bleibt die gleiche. Das britische Memorandum verweist auf die Rede, die Chamberlain am 24. November 1927 im Unterhaus gehalten hat und in der er sich gegen den im Genfer Protokoll gemachten Versuch, den Begriff „Angreifer" zu definieren, ausspricht. Dagegen ist die britische Regierung dem Plan zur finanziellen Beihilfe an Staaten, die das Opfer eines Angriffes werden, günstig gesinnt.

Unterschlagungen bei der Danziger Zollkasse.

Ein Oberzollsekretär veruntreut über 200 000 zł.

Wie aus Danzig berichtet wird, sind der Oberzollsekretär Julius Obermeit aus Oliva, Yorkstraße 2, dessen Schwager, Kaufmann Paul Georg Schulz aus Oliva, Pelonkerstraße 12, und der Teilhaber des Sch., Kaufmann Simon Panitsch aus Langfuhr, wegen Veruntreuung von Amtsgeldern bzw. wegen Beihilfe hierzu verhaftet worden.

Nach den bisherigen Ermittelungen der Kriminalpolizei haben die Angeschuldigten in den Jahren 1925 und 1926 sogenannte rote Zollquittungen, die schon die Zollkasse passiert hatten, noch einmal in Verkehr gebracht. Wie wir bereits gestern mitteilten, handelt es sich dabei um die Veruntreuung sehr großer Summen. Soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, erreichen die Veruntreuungen eine Höhe von über 200 000 Zloty. Eine genaue Feststellung der Summen wird sich erst nach eingehender Prüfung der Bücher, die Wochen in Anspruch nehmen kann, ermöglichen lassen. Da die Täter mit größtem Raffinement vorgegangen sind, so gestaltet sich die Untersuchung sehr mühevoll. Es ist daher anzunehmen, daß die Angelegenheit noch weitere Kreise ziehen wird und noch andere Zollbeamte verhaftet werden.

Diese großen Veruntreuungen bei der Oberzollkasse sind anscheinend nur deshalb möglich gewesen, weil das Kontrollsystem Lücken zeigte und die Buchführung mangelhaft war. Es ist bedauerlich, daß derartige Straftaten, die das Ansehen der Danziger Beamtenschaft nur schwer schädigen können, sich infolge der anscheinend nicht ganz zweckmäßigen Organisation ereignen konnten.

Die Veruntreuungen sind, soweit wir hören, dadurch entdeckt worden, daß es auffiel, daß die drei Genannten weit über ihre Verhältnisse lebten. Der Oberzollsekretär Obermeit hat übrigens ein umfassendes Geständnis abgelegt und zugegeben, daß er etwa 200 000 Zloty veruntreut hat. Wie gesagt, sind die Untersuchungen noch nicht abgeschlossen und werden noch längere Zeit in Anspruch nehmen.

Englands Flottenverminderung.

London, 18. Januar. Nach Veröffentlichungen in den heutigen Morgenblättern hat die englische Regierung beschlossen, eine weitere Verminderung in ihrem Kreuzerbauprogramm eintreten zu lassen. Im November wurde bereits vom Marineministerium bekanntgegeben, daß zwei Kreuzer von dem laufenden Bauprogramm gestrichen werden würden. Wie die heutigen Morgenblätter melden, hat das Kabinett nunmehr beschlossen, auch den 10 000 Tonnen-Kreuzer, der im nächsten Finanzjahre in Bau gegeben werden sollte, nicht bauen zu lassen. Das Ergebnis dieser Baueinschränkung ist, daß nur drei 8000 Tonnen-Kreuzer, einer im gegenwärtigen Finanzjahre und wahrscheinlich zwei im Finanzjahre 1928/29, in Bau gegeben werden, anstatt, wie im Marinebauprogramm ursprünglich vorgesehen war, vier 8000 Tonnen-Kreuzer und zwei 10 000 Tonnen-Kreuzer. Die finanziellen Lasten sind hierdurch von 10 Mill. Pfund Sterling auf ungefähr 4,5 Mill. Pfund Sterling vermindert worden.

*

Dieser Beschluß, das britische Flottenbauprogramm einzuschränken, kommt für Fernstehende und Nichteingeweihte einigermaßen überraschend und soll vielleicht Wirkung in Washington üben. Vor einigen Tagen hatte der amerikanische Marineminister Wilbur dem Kongreß ein Bauprogramm vorgelegt, das ganz den Forderungen der „big navy"-Propagandisten entsprach: innerhalb von fünf Jahren sollten 25 Kreuzer zu je 10 000 Tonnen, ferner 5 Flugzeug-Träger, 9 Zerstörer und 32 Unterseeboote gebaut werden. Wilbur selbst mußte auf Befragen zugeben, daß damit das in der Washingtoner Abrüstungskonferenz festgesetzte Verhältnis 5:5:1 gänzlich aufgegeben worden sei.

Als Antwort darauf jetzt die Einschränkung des britischen Flottenbauprogramms: man wird abwarten müssen, ob nun auch Amerika weicher wird.

Aus anderen Ländern.

Gesetz gegen autonomistische Propaganda in Frankreich.

Paris, 19. Januar. (R.) Der von der Regierung eingebrachte Gesetzentwurf zur Bekämpfung jeder Art von automistischer Propaganda ist in der Kammer verteilt worden. Wie das „Journal" mitteilt, wird nach dem Gesetzentwurf jeder, der gegen die Integrität des Staatsgebietes wirkt, mit Gefängnis von 1 bis 5 Jahren und mit Geldstrafen bestraft.

Erhöhung der Ergänzungskredite für 1927 durch die Finanzkommission der französischen Kammer.

Paris, 19. Januar. (R.) Die Finanzkommission der Kammer nahm eine Entschließung an, durch die die Ergänzungskredite für 1927 auf 2882 Millionen Franken erhöht werden. Ferner stimmte die Kommission einer Bestimmung zu, wonach die im Finanzgesetz vom April 1926 eingesetzten deutschen Reparationszahlungen für die Regelung der äußeren-Handelsschuld Frankreichs Verwendung finden sollen.

Beaumarchais bei Mussolini.

Paris 19. Januar. (R.) Wie die Morgenpresse aus Rom meldet, hat der neue französische Botschafter in Rom Beaumarchais gestern abend Mussolini seinen ersten Besuch abgestattet.

Zu der Aufdeckung des revolutionären Komplotts in Bolivien.

London 19. Januar. (R.) Nach Meldungen aus Neuyork sind im Zusammenhang mit der Aufdeckung eines revolutionären Komplotts in Bolivien bisher 16 Personen verhaftet worden. In La Paz sind zwei Regimenter Infanterie und zwei Batterien Artillerie zur Sicherung der Ordnung stationiert worden.

„Financiel Times" über die panamerikanische Politik der Vereinigten Staaten.

London, 19. Januar. (R.) In einem Leitartikel über panamerikanische Politik sagt „Financiel Times": Die Tatsache, daß das lateinische Amerika seine wirtschaftliche Entwicklung britischem Kapital verdankt, ist Grund genug, daß der britische Darlehnsgeber den Versuch der Vereinigten Staaten, eine politische oder wirtschaftliche Diktatur über Länder auszuüben, wo amerikanische Interessen auch jetzt noch verhältnismäßig beschränkt sind, übel aufnehmen müßte.

Primo de Rivera über den Luftverkehr Sevilla-Buenos-Aires.

London, 19. Januar. (R.) „Westminster Gazette" veröffentlicht eine Unterredung mit Primo de Rivera, der die Hoffnung äußerte, daß in einem Jahr der Luftverkehr zwischen Sevilla und Buenos Aires mit Zeppelinluftschiffen aufgenommen werde, die die Ueberfahrt in drei Tagen vollenden würden. Es sei klar, wie wichtig dieser Umstand für die internationale Geltung Spaniens, für die Steigerung seiner Ausfuhr und für den Touristenverkehr sein werde.

Schutz der Zivilbevölkerung in China.

Brüssel, 19. Januar. (R.) Die Brüsseler Internationale Konferenz für den Schutz der Zivilbevölkerung gegen den chemischen Krieg hat gestern ihre Arbeiten beendet. Die Konferenz war von dem internationalen Komitee vom Roten Kreuz einberufen worden. Die angenommenen Entschließungen, die eine Fülle technischer Einzelheiten enthalten, sollen als Grundlage für weitere Beratungen dienen, und den Regierungen sowie den Organisationen vom Roten Kreuz in den verschiedenen Ländern unterbreitet werden. Die Entschließungen sollen dann zur endgültigen Billigung im Oktober der 13. Internationalen Konferenz von Vertretern des Roten Kreuzes vorgelegt werden.

Die heutige Ausgabe hat 8 Seiten

Hauptschriftleiter: **Robert Styra.**
Verantwortlich für den politischen Teil: i. V. **Guido Baehr.** Für Handel und Wirtschaft: **Guido Baehr.** Für die Teile Aus Stadt und Land, Gerichtssaal und Briefkasten: **Rudolf Herbrechtsmeyer.** Für den übrigen redaktionellen Teil und für die illustrierte Beilage „Die Zeit im Bild": i. V. **Guido Baehr.** Für den Anzeigen- und Reklameteil: **Margarete Wagner,** Kosmos Sp. z o. o. Verlag: „Posener Tageblatt". Druck: Drukarnia Concordia, Sp. Akc.,

In der Nacht vom 17. zum 18. Januar starb plötzlich im Boromäusstift zu Konitz Herr Abgeordneter

Schulrat a. D.

Karl Daczko

Seit dem Jahre 1920 hat er sich im Warschauer Sejm für unsere deutsche Sache in geradezu vorbildlicher Weise eingesetzt. Wie er es sein ganzes Leben getan hat, ist er bis unmittelbar vor seiner Abfahrt zum Krankenhause für die Belange der deutschen Wähler tätig gewesen. Er war der treueste und sorgsamste Arbeiter in unserem Kreise. Mit rührender Pflichttreue hat er sich unter Außerachtlassung seiner eigenen Interessen unermüdlich aller Klagen angenommen, die ihm vorgetragen wurden. Sein ehrenfester Charakter ist für uns alle ein leuchtendes Vorbild. Die ganze deutsche Bevölkerung von Posen und Pommerellen trauert an seiner Bahre.

Sein Andenken ist in unserem Kreise unauslöschlich.

Deutsche Vereinigung (—) Naumann.

Deutscher Hauptwahlausschuß (—) Graebe.

Für die uns anläßlich unserer Verlobung übersandten Glückwünsche

danken herzlichst

Gerda Maria Bittner, Rudolf Herbert Methner.

Am 15. d. Mts. ging nach einem Leben voll Arbeit und Liebe meine treue, uneigennützige Wirtin,

Frau Ottilie Klose

geb. Ernst, verw. gew. Kühn,

früher in Schmiegel, jetzt Breslau, im Alter von 80 Jahren in die ewige Heimat ein.

Ich werde ihr ehrendes Andenken über das Grab hinaus bewahren.

Hermann Rolle, Uhrmacher.

Schmiegel, Januar 1928.

Kreisbauernverein Posen.

Versammlung am Montag, dem 23. Januar 1928, nachm. 3 Uhr im kleinen Saal des Evgl. Vereinshauses zu Posen.

Vortrag des Herrn Rommel-Inowrocław: „Allgemeine Geflügelzucht". Aussprache über Agrarreformangelegenheiten mit den Besitzern über 180 ha. Referent Herr Dr. Goeldel-Posen.

Der Vorsitzende. v. Trestow-Owinsk.